

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Jahrestreffen der WCPFC

**Guam:** Vom 26. bis zum 30. März fand im „Hyatt Regency Hotel“ in Guam die achte Vollversammlung der Mitgliedsländer der „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ (WCPFC) statt. Diese pazifische Fischereiorganisation mit Sitz in Kolonia (Föderierte Staaten von Mikronesien) überwacht das „Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung weit wandernder Fischbestände im westlichen und mittleren Pazifik“, das im September 2000 in Honolulu/Hawai'i unterzeichnet wurde. Ziel dieses Übereinkommens ist es, durch wirksame Bewirtschaftungsmaßnahmen die langfristige Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der weit wandernden Fischbestände im westlichen und mittleren Pazifik gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und dem UNO-Übereinkommen von 1995 über Fischbestände sicherzustellen.

An der Mitgliederversammlung nahmen auch Vertreter von Umweltschutzorganisationen, Fischereiverbänden, Interessensgruppen von selbständigen Fischern und Beobachter aus kooperierenden Ländern wie El Salvador, dem Senegal und Indonesien teil. Die Vertreter großer Umweltverbände wie etwa Greenpeace und der World Wildlife Fund konnten im Vorfeld der Konferenz Punkte für die Tagesordnung vorschlagen und Diskussionspapiere vorlegen. Sie konnten desgleichen Vorschläge zum besseren Schutz verschiedener Fischarten einbringen.

Beim diesjährigen Treffen ging es vor allem um die Überfischung des bedrohten Gelbaugenthun, um Fischfangverbote in gewissen Gebieten der Hochsee zum Schutz bedrohter Bestände sowie um die nachhaltige Bewirtschaftung begehrter Thunfischarten

wie etwa dem Skipjack. Diskutiert wurden des Weiteren Vor- und Nachteile von unterschiedlichen Fangmethoden für die im Pazifik vorkommenden weit wandernden Fischarten. Auf der Agenda standen auch die Problematik des Beifangs von bedrohten Arten sowie die Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts durch Überfischung von Beständen. Auch wurde eine Gesamtfangmenge für die einzelnen Gebiete im Pazifik festgelegt. So sollen etwa 30 % weniger Großaugenthun gefangen werden und die Jagd auf den Gelbflossenthun in hoher See eingeschränkt werden.

*Info:* Zu den Vertragsparteien des WCPFC zählen folgende pazifische Staaten: Cookinseln, Mikronesien, Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu sowie Australien und Neuseeland. Zur Teilnahme an der Kommission berechtigt sind die abhängigen Gebiete im Pazifik, wie etwa Tokelau, Französisch-Polynesien, Wallis und Futuna, Amerikanisch-Samoa, Neukaledonien, Guam und weitere. Diese Länder sind zwar keine Mitglieder der WCPFC, haben aber Teilnahme- und Beratungsrecht bei den Treffen. Neben den asiatischen Anrainerstaaten China, Japan und den Philippinen ist auch die Europäische Union Mitglied der WCPFC und nimmt mit einem Vertreter an den Jahrestreffen teil. (*Marshall Islands Journal*, 23.03., 30.03.12, <http://www.wcpfc.int/node/3395>, <http://www.wcpfc.int/doc/WCPFC8-2011-02-%28Rev-12%29/Provisional-Agenda-and-References-%28Rev-12%29>, Wikipedia)

### Weniger Riffhaie nahe bewohnter Inseln

**Hawai'i:** Amerikanische und kanadische Wissenschaftler haben in dem renommierten amerikanischen Fachjournal „Conservation Biology“ einen Artikel veröffentlicht, in dem sie den Rückgang von Riffhaien nahe bewohnter pazifischer Inseln beklagen. Als

„Riffhaie“ werden vier Arten aus der Familie der Requiemhaie bezeichnet, die in tropischen Gewässern rund um Korallenriffe leben. Ihr Bestand ist in den letzten zehn Jahren rund um die besiedelten Inseln von Hawai'i, den Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa um etwa 90 % zurückgegangen. Schuld an der Verringerung des Bestands sei vor allem der Mensch, so das Ergebnis der Studie. Die Tiere würden entweder gezielt gejagt oder landeten als Beifang unbeabsichtigt in Fischernetzen. Der Einfluss der Menschen sei auch weitaus höher als der Einfluss der Natur wie etwa veränderte Wasserbedingungen, erklärte Co-Autorin Julia Baum von der Universität im kanadischen Victoria.

Für ihre Forschungen werteten die Meeresbiologen rund um Marc Nadon vom „Institut für meeresbiologische und atmosphärische Studien“ (Joint Institute for Marine and Atmospheric Research) der Universität von Hawai'i Unterwasser-Studien von 46 pazifischen Inseln und Atollen aus. Diese Messdaten waren den Forschern von der NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) zur Verfügung gestellt worden. Die NOAA ist eine amerikanische Bundesbehörde für Wetter und Ozeanographie. Außerdem benutzten Marc Nadon und sein Team eine Beobachtungsmethode namens „towed-diver survey“: Dabei werden jeweils zwei Taucher an Leinen hinter einem kleinen Boot hergezogen. Mit dieser Methode können die sich schnell bewegenden Riffhaie, die stets zu mehreren auftreten, effizienter beobachtet werden.

Bereits seit zehn Jahren erforscht Nadon die Riffhaie vor bewohnten Inseln, jetzt erst publizierte er die Ergebnisse seiner ausführlichen Beobachtungen in Volume 26 des Fachjournals. (*dpa* 28.04.12, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/cobi.2012.26.issue-2/issuetoc>, <http://www.rsmas.miami.edu/blog/tag/marc-nadon/>)

## Atomkraftwerke auf Guam?

**Guam:** Die im amerikanischen Bundesstaat Virginia ansässige „Global Energy Corporation“ hat bei einer Präsentation vor der „Consolidated Commission on Utilities“ (CCU, Kommission zur Berechnung der Energiewerte) in Guam für den Bau zweier Atomkraftwerke auf Guam geworben. Ein Sprecher der Global Energy erklärte, man habe eine neuartige Technologie entwickelt, bei dem für die Brennstäbe im Kraftwerk natürliches Uran eingesetzt würde, das angeblich keinen radioaktiven Abfall produziere. Diese Art von Reaktor sei bis dato noch nicht im Einsatz, man habe deshalb auch keinerlei Erfahrungen und wolle Guam als „Versuchskaninchen“ nutzen, hieß es weiter.

Der Vorsitzende der CCU, Simon Sanchez, bedankte sich für die Vorschläge der Global Energy, zeigte sich aber verständlicherweise sehr zögerlich bei der Idee der Nutzung von Kernenergie auf Guam. Das Wichtigste sei für ihn das Einverständnis der Bevölkerung, sagte Sanchez. Man könne ohne deren Zustimmung nicht einfach eine gefährliche und noch nicht erprobte Technologie auf die Insel bringen, erklärte er weiter.

Ein Sprecher des einheimischen Energiezulieferers „Guam Power Authority“ (GPA) meinte dagegen, der Bau von Atomkraftwerken sei zumindest *„eine zweite Überlegung wert“*. Diese Aussage sorgte für großen Unmut, denn bisher tat sich die GPA vor allem beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie Solarnutzung und Windparks hervor.

(<http://www.Guampdn.com> 16.04.12,  
<http://www.kuam.com/story/17466164/nuclear-power-considered-for-guam>)

## Vorverhandlungen zum Vertrag über Waffenhandel

**Australien:** Im April trafen sich Vertreter der Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“ im australischen Brisbane, um Vorverhandlungen zum „Arms Trade Treaty“ (ATT) zu führen. Der Generalsekretär des Forums, Tuiloma Neroni Slade, sagte, der pazifische Kampf gegen den illegalen Waffenhandel sei Voraussetzung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Region. In einer Region mit großem Handel über Meer und wenig Möglichkeiten der Kontrolle von Seegrenzen, sei es fatal, wenn Waffen in die falschen Hände gerieten. Es genügt schon wenige Waffen, um viel zu erreichen, warnte Slade in Anspielung auf den Putsch 2006 in Fidschi, wo nur sieben Bewaffnete das halbe Parlament als Geiseln halten konnten.

An dem dreitägigen Treffen in Brisbane nahmen auch Vertreter der australischen Regierung sowie Vertreter des Hilfswerkes Oxfam und der staatlichen Entwicklungshilfeorganisation AUSAid teil. Die Ergebnisse ihrer Überlegungen sollen in die Vertragsverhandlungen des AAT im Juli des Jahres einfließen.

*Info:* Der „Arms Trade Treaty“ (ATT) ist ein möglicher multilateraler Vertrag, der den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln soll. Der Vertrag wird auf einer globalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vom 2. bis 27. Juli 2012 in New York verhandelt. Ziel ist es, internationale Standards im Hinblick auf den Import und Export sowie den Handel mit konventionellen Waffen festzusetzen. (Pressemitteilung PIF 01.04.12, <http://www.un.org/disarmament/convarms/ArmsTradeTreaty/>)

## Erweiterte Entwicklungspartnerschaft

**Brüssel:** Anfang April hat die Europäische Kommission beschlossen, die Entwicklungspartnerschaft mit den pazifischen Inselstaaten auszubauen. Für den Kampf gegen den Klimawandel will die EU zusätzliche 19 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen Anpassungsmaßnahmen an Klimawandelfolgen in den niedrig gelegenen Atollstaaten finanziert werden.

So sieht es die aktuelle Vereinbarung *„Towards a renewed EU-Pacific development partnership“* vor. Die Vereinbarung wurde gemeinsam verfasst von Catherine Ashton, der Hochkommissarin der EU für Außenbeziehungen, und von Andris Piebalgs, dem EU-Beauftragten für Entwicklung. Schwerpunkt der Vereinbarung ist die Verbesserung der Koordination von Maßnahmen gegen den Klimawandel auf internationaler Ebene und die bessere Koordination regionaler Maßnahmen und Zusammenarbeiten zwischen den Pazifikstaaten.

Ashton erklärte, in dem neuen Partnerschaftsabkommen gehe es auch darum, weg vom klassischen Geber-Nehmer-Schema zu kommen. Die EU könne nicht nur finanziell unterstützen, sondern sei auch auf politischer Ebene ein wichtiger Partner für die Pazifikländer. In der Partnerschaft zwischen der EU und dem Pazifik gehe es auch um globale Herausforderungen, wie etwa Klimawandel und Armutsbekämpfung. Die EU achte sehr darauf, dass wirtschaftliches Wachstum in der Region einhergehe mit guter Regierungsführung, Nachhaltigkeit und der gemeinsamen Verantwortung für die Ressourcen, fügte Andris Piebalgs hinzu.

In ihren Handlungsempfehlungen weist die EU auch auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Pazifik hin. Ihre Anliegen und Initiativen sollten bei allen EU-Projekten verstärkt werden. Des Weiteren

erkennt die Europäische Kommission auch das Engagement der europäischen Zivilgesellschaft für die pazifischen Inselstaaten an und schreibt wörtlich: „...by promoting public interest and debate in Europe on issues of common concern for the Pacific Islands Countries and Territories and people.“

*Info:* Von 2008 bis 2013 hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Entwicklungspartnerschaft mit den pazifischen Inselstaaten bereits 785 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Gelder stammen aus dem Haushalt der EU sowie aus dem Europäischen Entwicklungshilfefonds EDF. (Pressemitteilung der Europ. Kommission 04.04.12, [http://www.delfji.ec.europa.eu/en/whatsnew/2012\\_0006\\_Joint\\_Comm\\_Pacific\\_EN.pdf](http://www.delfji.ec.europa.eu/en/whatsnew/2012_0006_Joint_Comm_Pacific_EN.pdf))

## Internationale Kava-Konferenz in Vanuatu

**Vanuatu:** Vom 12. bis zum 15. März fand in Port Vila, der Hauptstadt von Vanuatu, die „Internationale Kava-Konferenz“ statt. Ziel der Konferenz war es, den Kampf gegen die Handelsbeschränkungen für Kava zu organisieren.

Deutschland hatte im Jahr 2002 massive Handelsbeschränkungen für Kava erlassen. Das bis dahin in Deutschland zur Behandlung von nervöser Angst, Spannungs- und Unruhezuständen zugelassene Medikament war in Verdacht geraten, Leberschäden hervorzurufen. Viele andere europäische Länder und Australien folgten dem deutschen Beispiel. Dies führte zu massiven Störungen im Kava-Handel mit teilweise katastrophalen wirtschaftlichen Folgen für die Kava-Exporteure Fidschi, Hawai'i, Samoa, Tonga und Vanuatu. Vor allem die ländliche Bevölkerung, deren Lebensgrundlage der Kava-Anbau bedeutete, musste Verluste hinnehmen. Obwohl schon damals der Zusammenhang zwischen Kava und den Lebererkrankungen strittig war, und die WHO 2007 Kava als unbedenklich ein-

stufte, blieben die Handelsbeschränkungen bestehen. Experten haben errechnet, dass die Kava-exportierenden Länder durch die Handelsbeschränkungen einen jährlichen Verlust in Höhe von 200 Millionen US-Dollar erleiden.

Nun hoffen die Teilnehmer der Konferenz in Port Vila, dass die Handelsbeschränkungen bald aufgehoben werden. Sato Kilman, Premierminister von Vanuatu, gab in seiner Rede Handelsvereinbarungen mit der Europäischen Union, Australien und Neuseeland als Ziel vor. Dafür sei es nötig, den Handelspartnern die Sicherheit von Kava zu verdeutlichen, Produktionsstandards zu entwickeln und Verzehrempfehlungen zu geben. Auf der Konferenz wurde eine entsprechende Strategie entwickelt, deren Erfolg auf einer Folgekonferenz in einem Jahr überprüft werden soll.

*Info:* Bei der Pflanze mit dem wissenschaftlichen Namen *piper methysticum* (Rauschpfeffer) handelt es sich um ein strauchförmiges, etwa zwei Meter hohes Schotenpfeffergewächs. Es ist in seiner wilden Form in Polynesien weit verbreitet, während es in Melanesien nur sporadisch vorkommt. Unbestätigten Berichten zufolge kommt es auch in Mittelamerika vor. Gezielter Anbau gibt es vor allem in Vanuatu, Fidschi, Tonga und Samoa.

Im Pazifik wird Kava als traditionelles Ritual-, Heil- und Zaubermittel verwendet. Das aus der Wurzel gewonnene (berauschende) Getränk erfüllt auch eine wichtige soziale Funktion. In Europa, Nordamerika und Australien wurde Kava anfangs als Nahrungsergänzungsmittel und Medikament (vor allem in Kapselform) verwendet. Inzwischen ist es als potentiell lebertoxisch teilweise verboten. (Artikel von Martin Hammerschmitt. Quellen: Sterly, Joachim. Heilpflanzen der Einwohner Melanesiens. Beiträge zur Ethnobotanik des südwestlichen Pazifik. Arbeitsstelle für Ethnomedizin, Hamburg 1970, Radio NZ. Intern 31.03.12, [\[a827f22.pdf\]\(http://a827f22.pdf\), <http://pidp.eastwestcenter.org/pireport/2012/march/03-21-09.htm>, <http://www.fijitimes.com/story.aspx?id=106071>, <http://passthrough.fwnotify.net/download/091479/>, \[http://archives.pireport.org/archive/2003/Special/kava\\\_report.pdf\]\(http://archives.pireport.org/archive/2003/Special/kava\_report.pdf\)\)](http://acp-mts-program-me.org/assets/docs/024/034/f30fe18-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

## Kleine Anfrage zum Tiefseebergbau

**Deutschland:** Am 10. Februar 2012 stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine kleine Anfrage zum Tiefseebergbau an die Bundesregierung. Insbesondere ging es um die von der Bundesregierung 2006 erworbenen Explorationsgebiete zum Manganknollenabbau im Pazifik, im sog. „Manganknollengürtel zwischen Hawaii“, Mexiko und dem Äquator. Sowohl die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) als auch Umweltverbände befürchteten massive Auswirkungen auf die ohnehin schon beeinträchtigte maritime Biodiversität.

In ihrer Antwort teilte die Bundesregierung mit, dass bisher noch keine Erkenntnisse über den kommerziellen Abbau von Manganknollen vorlägen. Auch würde eine Entscheidung über einen möglichen Abbau erst am Ende der Explorationsphase (2021) getroffen werden. In die Entscheidung würden auch die Untersuchungsergebnisse zur Biodiversität mit einfließen. Nach heutigen Erkenntnissen wäre dafür eine Fördermenge von zwei Millionen Tonnen pro Jahr wirtschaftlich gesehen nötig. Dies entspräche einer Abbaufäche von ca. 0,5 Quadratkilometern täglich.

Manganknollen sind knollenförmige Gesteinsformationen, die am Meeresboden in einer Tiefe von 3.000 bis 6.000 Metern vorkommen. Ihr Wachstum ist sehr langsam, zwischen 0,5 und 1 cm in einer Million Jahren. Sie enthalten Metalle wie Mangan (für die Stahlproduktion) und Kupfer, Nickel und Kobalt (für elektronische Bauteile). (Artikel von Martin Hammerschmitt. Quellen: Bundestagsdrucksache 17/8645, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/086/1708645.pdf>, Bundestagsdrucksache

17/8753,  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708753.pdf>,  
[http://www.planet-wis-sen.de/natur\\_technik/meer/energie\\_aus\\_de\\_m\\_meer/manganknollen.jsp](http://www.planet-wis-sen.de/natur_technik/meer/energie_aus_de_m_meer/manganknollen.jsp)

## Archiv wird digitalisiert

**Marshallinseln:** Die „Elsevier Foundation“ hat dem „Nuclear Claims Tribunal“ der Marshallinseln einen nicht rückzahlbaren Kredit zur Verfügung gestellt, um das Archiv des Tribunals zu sichten, zu ordnen und zu digitalisieren. Das Archiv enthält hunderte von Dokumenten, die seit der Einrichtung des Tribunals 1988 dort eingegangen sind. Es handelt sich um wissenschaftliche Artikel zu Atomtests, medizinische Atteste, Ergebnisse von radioaktiven Messreihen, den Klagen der Bewohner auf Kompensation sowie viele weitere Dokumente, die im Zusammenhang zu den amerikanischen Atomwaffentests auf den Marshallinseln stehen. Das Archiv wird von zwei Archivarinnen betreut, ehrenamtlich arbeitet der pensionierte Staatsanwalt Bill Graham mit. Er teilte auch mit, dass das Tribunal immer noch offen ist für Kompensationsklagen und alle Klagen im Zusammenhang mit den amerikanischen Tests zwischen 1946 und 1958.

*Info:* Das „Nuclear Claims Tribunal“ war 1988 eingerichtet worden. Bereits im Juni 1983 hatten die Amerikaner in einem Sonderpassus (Paragraph 177) des Vertrages über den Assoziierungsstatus der Marshallinseln (Compact of free association) die Bereitschaft der Bewohner, ihre Inseln mehr oder minder freiwillig für die Versuche zur Verfügung gestellt zu haben, positiv anerkannt und bekundet, sich für die Überlassung der Atolle für Testzwecke mit Ausgleichszahlungen erkenntlich zeigen zu wollen. Sie zahlten dafür 150 Millionen US-Dollar in einen eigens eingerichteten Entschädigungsfonds und versprachen, den Fonds weiter aufzustocken. Das „Nuclear Claims Tribunal“ sollte die Ansprüche von Landeignern und

Bewohnern in den ehemaligen Testgebieten klären und festlegen, in welcher Höhe Zahlungen an wen aus dem Fondsvermögen geleistet werden sollten. Nach eigenem Bekunden ist das ambitionierte Vorhaben jedoch gescheitert. Das Fondsvermögen beläuft sich derzeit auf unter sechs Millionen US-Dollar. 2009 stellte das Gericht die Kompensationszahlungen deshalb ein.

Die in New York ansässige „Elsevier Foundation“ ist eine Stiftung, die sowohl junge Wissenschaftler am Anfang ihrer Karriere als auch Bibliotheken und Archive in Entwicklungsländern finanziell unterstützt. (*Marshall Islands Journal* 23.04.12, <http://www.nuclearclaimtribunal.com/>, <http://www.elsevierfoundation.org/innovative-libraries/grants/>)

## Großer Erfolg für „Maketi Ples“

**Australien:** Bereits zum zweiten Mal nach 2011 hat die „Pacific Islands Trade and Investment Commission“ (PITIC) in Sydney (Australien) eine mehrtägige Ausstellung einheimischer pazifischer Künstlerinnen und Künstler organisiert. PITIC will mit dem so genannten „Maketi Ples“ (dt. Marktplatz) jungen Talenten aus der Region die Möglichkeit geben, ihre handwerklichen und künstlerischen Produkte auszustellen, zu verkaufen und evtl. auch Mäzene zu finden. Die Bilum-Knüpferin Florence Jaukae aus Goroka (Papua-Neuguinea) zeigte sich begeistert von der Möglichkeit, ihre Knüpfarbeiten einem breiten Publikum zu zeigen. Die 39-Jährige von der „Goroka Bilum Weavers Cooperative“ erklärte, der „Maketi Ples“ böte auch die Möglichkeit, über den Tellerrand zu schauen und zu entdecken, was Menschen in den anderen pazifischen Ländern herstellen. Jaukae war auf der Ausstellung mit Damenoberbekleidung vertreten, die sie mit der traditionellen Bilum-Knüpftchnik hergestellt hat.

Am „Maketi Ples“ nahmen Künstler aus folgenden Nationen teil: Papua-Neuguinea (darunter der auch in Deutschland bekannte Maler Laben Sakele John), Cookinseln, Tonga, Mikronesien, Fidschi und den Salomonen.

(<http://www.maketiplus.com/>,  
<http://www.pacifictradeinvest.com/index.php/export-with-pacific-trade-invest/maketi-plus-2012>)

## Anstieg pazifischer Bevölkerung in USA

**USA:** In den Jahren von 2000 bis 2010 ist die pazifischstämmige Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) um 35,4 % angestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt die Auswertung der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2010. Die größten ethnischen Gruppen innerhalb der Kategorie „Native Hawaiian and Other Pacific Islander“ (NHPI) sind dabei die Hawaiianer und die Samoaner. Die NHPI machen 1,2 Millionen Einwohner der USA aus, das entspricht einem prozentualen Anteil von 0,4 % an der Gesamtbevölkerung.

156.146 Menschen sind dabei ethnische „Hawaiianer“, weitere 370.931 sind Menschen, die nur zum Teil Hawaiianer sind. Mit 527.077 Menschen stellen die Hawaiianer somit die größte Gruppe der NHPI. 109.637 Menschen haben einen samoanischen Hintergrund, weitere 74.803 Menschen sind gemischt-samoanischer Abstammung. Mit 184.440 Menschen bilden die Samoaner damit die zweitgrößte pazifische Gruppe in den USA. Dreiviertel der NHPI leben im Westen der USA. (*The Samoa News* 08.05.12, <http://factfinder2.census.gov/faces/nav/jsf/pages/index.xhtml>, <http://2010.census.gov/2010census/data/>)

## Mediengipfel fordert höhere Gehälter und bessere Ausbildung

Qualitativ hochwertige journalistische Arbeit gehört entsprechend honoriert- so heißt es in den einleitenden Worten des Ergebnisprotokolls des "Pacific Media Summit". Viele pazifische Redakteure und Verlage seien unterbezahlt, bemängelte John Lamani, der Herausgeber der Zeitung „Solomon Star“, in seiner Eröffnungsrede auf dem Mediengipfel der PINA.

Die Mitgliederversammlung der „Pacific Islands News Association“ (PINA) tagte vom 26. bis zum 30. März in „Pacific Harbour“ auf Viti Levu (Fidschi). Auf der Tagesordnung standen so unterschiedliche Themen wie Korruptionsbekämpfung, der REDD-Mechanismus, nicht-ansteckende Krankheiten und Sportveranstaltungen. Gemeinsam ist diesen Themen die Forderung nach intensiver Recherche und der für Laien verständlichen Weitergabe von seriösen Daten und Fakten an die interessierte pazifische Öffentlichkeit. Nur in diversen Themen geschulte Redakteure könnten ihrer Informationspflicht nachkommen.

Beklagt wurden die fehlenden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Journalisten in der Region sowie die Sprachbarriere im englisch- bzw. französischsprachigen Pazifik. (*Outcomes des Pacific Media Summit, weitergeleitet von Torsten Krafft, Teilnehmer am Gipfel, 30.03.12*)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### PNG vor den Wahlen

Politische Unklarheiten und parlamentsinterne Auseinandersetzungen behindern einen geordneten Wahlkampf in Papua-Neuguinea, wo ab dem 23. Juni das Parlament gewählt werden soll. Für die nun 111 Sitze im Parlament (109 plus die Sitze für die beiden neuen Provinzen Hela und Jiwaka) haben sich 3.435 Kandidaten aufstellen lassen, allein 69 für die autonome Provinz Bougainville. 135 Frauen kandidieren für die Sitze im Parlament. Das gab der Leiter der Wahlkommission Andrew Trawen bekannt.

Einheimische Medien berichten von bislang zwei Toten, die in Wahlkampfscharmützeln zwischen den Anhängern verschiedener Kandidaten in den Provinzen Chimbu und Jiwaka ums Leben kamen. Aufgrund der angespannten Lage vor allem im Hochland haben drei Provinzen den Notstand ausgerufen: die Provinz Southern Highlands, die Provinz Hela und der National Capital District mit der Hauptstadt Port Moresby. In der Provinzhauptstadt Mendi im Hochland besteht derzeit gar ein Versammlungsverbot für alle politischen Veranstaltungen.

Auf dem politischen Parkett streiten sich Sir Michael Somare und Peter O'Neill immer noch um den Posten des Premierministers. Nachdem der Supreme Court am 21. Mai entschieden hatte, dass O'Neills Amtseinführung nicht verfassungskonform war, kam es bei einer Sitzung im „Waigani Supreme Court“ zu tumultartigen Szenen, in denen sich der unter O'Neill amtierende Vizepremierminister Belden Namah bemüßigt fühlte, den obersten Richter des Lands und Präsidenten des

Supreme Court, Sir Salamo Injia, mit Polizeigewalt verhaften und noch im Gericht verhören zu lassen. Als Grund für die Verhaftung nannte Namah „Anstiftung zum Aufruhr“.

Der weltweite Protest in den Medien gegen die Verhaftung des Richters konnte nicht verhindern, dass nur zwei Tage später ein zweiter Richter des Supreme Court, Nicholas Kirriwom, verhaftet wurde. Beide Richter kamen inzwischen zwar gegen Zahlung einer Kaution frei, müssen sich aber im Juli 2012 erneut vor Gericht verantworten.

Injia und Kirriwom gehörten der fünfköpfigen Kommission an, die über die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung von Alt-Premier Sir Michael Somare nach dessen unverhältnismäßig langen Krankenhausaufenthalt in Singapur Mitte letzten Jahres entscheiden sollte. Sie beide und ein dritter Richter hatten dafür gestimmt, Somare als rechtmäßigen Premier anzuerkennen, womit O'Neills gleichzeitig als unrechtmäßiger Amtsinhaber seit seiner ‚Wahl‘ im August 2011 abgestempelt wurde. Vizepremier Namah und die Bündnispartner von O'Neill konnten dieses Urteil nicht akzeptieren und griffen zu Gewalt und nebulösen Gründen („Volksverhetzung“), um die Richter verhaften zu können.

Die Methoden von O'Neills Regierung riefen das britische Commonwealth auf den Plan. Der Generalsekretär des Commonwealth, Kamallesh Sharma, rief alle Parteien zur Ruhe und Besonnenheit auf. Die Freiheit des Justizwesens sei ein wesentliches Merkmal des Commonwealth-Staatenverbundes und gehöre mit Respekt behandelt. Auch die australische Premierministerin Julia Gillard gab ihrem Unverständnis über die Ereignisse in einem Telefongespräch mit Peter O'Neill Ausdruck und warnte vor Rückschritten auf dem Weg zu den Parlamentswahlen. Das Auswärtige Amt in Australien und Deutschland veröffentlichte einen

Reisehinweis und warnte vor dem Betreten des Regierungsbezirks in Port Moresby.

Am Tag nach dem Gerichtsurteil wollte Sir Somare das Parlamentsgebäude betreten und das Parlament zusammenrufen, dessen Sitzungen vor einer Woche ausgesetzt worden waren, damit sich jeder Parlamentarier dem Wahlkampf widmen kann. Zuvor wollte sich Somare von Generalgouverneur Sir Michael Ogio, dem Vertreter der britischen Königin in PNG, wieder ins Amt einsetzen lassen. Er versuchte daher, den Gouverneurssitz zu betreten. Polizei- und Sicherheitskräfte verhinderten dies jedoch. Somare wandte sich daraufhin an die örtlichen Medien und sagte in einer Radioansprache, er verstehe sich als amtierender Premier und werde das Parlament auch einberufen. Dies war jedoch selbst Peter O'Neill nicht gelungen, da sich ein Großteil der Parlamentarier derzeit zum Wahlkampf in ihren Heimatregionen aufhält und nicht in Port Moresby.

Generalgouverneur Ogio sagte gegenüber der einheimischen Presse, er verweigere jede Stellungnahme zu den politischen Prozessen. Er sei weder für noch gegen jemanden und werde weder jemanden des Amtes entheben, noch jemanden ins Amt einsetzen.

In Interviews mit australischen Medien betonte O'Neill wiederholt die Verhaftungen der Richter und die Ausrufung des Notstands in drei Provinzen würden die Wahl nicht gefährden. Es laufe alles nach Plan und ab 23. Juni könnten alle 4,8 Millionen Wahlberechtigten demokratisch wählen, so der Politiker. (*Post-Courier* 21.05. bis 28.05.12, *Radio Australia* 22.05., 23.05., 25.05.12, *The National* 29.05.12, *Flash d'Océanie* 29.05.12)

## Zwei neue Provinzen

Pünktlich mit Beginn des Wahlkampfes hat die Regierung von Papua-Neuguinea die offizielle

Gründung der beiden Provinzen Jiwaka und Hela zum 17. Mai 2012 bekanntgegeben. Statt wie bisher für die Provinzen Southern and Western Highlands zu kandidieren, können sich die Kandidaten nun separat für die beiden neuen Provinzen aufstellen lassen. Hela Provinz (188.734 Einwohner) hat sich von der Provinz Southern Highlands abgespalten, Jiwaka (185.798 Einwohner) von der Provinz Western Highlands. In der Hela Provinz ist das umstrittene Liquefied Natural Gas (LNG-)Projekt beheimatet. Für beide Provinzen wurde bereits ein Provinzgouverneur ernannt.

Das Gesetz zur Gründung der neuen Provinzen war 2010 vom Parlament verabschiedet worden. (*Postcourier* 24.11.11, *The National* 17.05.12)

## Bericht über Kinderarbeit

Die Weltarbeitsorganisation ILO (International Labour Organization) hat Mitte April ihren ersten Bericht über die Situation der Kinderarbeit in Papua-Neuguinea veröffentlicht. Der Bericht „Child labour in Papua New Guinea: Report on the rapid assessment in Port Moresby on commercial sexual exploitation of children and children working on the streets 2011“ basiert auf Umfragen unter Kindern in der Hauptstadt Port Moresby. Interviewt wurden 175 minderjährige, meist weibliche, Prostituierte sowie 200 Kinder, die gefährlichen Arbeiten auf der Straße nachgehen, wie etwa Container be- und entladen, Holz spalten mit der Axt, Möbel transportieren oder den Verkehr kontrollieren. Von den befragten 404 Straßenkindern sind viele auch in illegale Geschäfte wie Drogenhandel und Diebstahl verwickelt. Die Kinder, die sich auf den Straßen prostituieren, waren zum Teil erst zwölf Jahre alt. Alle gaben an, noch zu Hause bei ihren Eltern zu wohnen. Für ihre „Dienste“ erhalten die Kinder nach eigenen Angaben 50 Kina. Zu ihren Aufgaben zählt auch das „Warmtrinken“ mit

den Kunden, der Bericht benennt dies als großes gesundheitliches Problem für die Sex-Arbeiterinnen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass Armut der Hauptgrund für Kinderarbeit und Prostitution ist. Das auf den Straßen verdiente Geld diene nicht selten ganzen Familienverbänden als Unterhalt. Viele der befragten Kinder stammen aus zerrütteten Familienverhältnissen mit einem oder gar keinem Elternteil mehr. Auch der Druck durch Freunde (peer group) und die Aussicht auf schnelles Geld sind ein Motiv für die Kinder.

Der Bericht weist auch auf den Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und Bildung hin. Über 47 % der Befragten haben noch nie eine Schule besucht.

David Lamotte, ILO-Beauftragter für die pazifischen Inselstaaten, erklärte, der Bericht liefere wertvolle quantitative und qualitative Informationen über ein Problem, dass in einer modernen Gesellschaft inakzeptabel sei. Auch spreche man nicht gerne öffentlich über Kinderprostitution und Kinderarbeit, aber es sei Auftrag der ILO, gemeinsam mit Partnern in PNGs sich dieses Themas anzunehmen.

*Info:* Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie wurde im Jahr 1919 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Genf. Die 183 Mitgliedsstaaten sind durch Repräsentanten sowohl von Regierungen, als auch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Organen der ILO vertreten.

Schwerpunkte der Arbeit der ILO sind die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen, die soziale und faire Gestaltung der Globalisierung sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als einer zentralen Voraus-

setzung für die Armutsbekämpfung.

(ILO News 19.04.12,  
[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-suva/documents/publication/wcms\\_178379.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-suva/documents/publication/wcms_178379.pdf))

## Waffenschmuggel aus Westpapua

Nach Angaben der neuguineischen Polizei gibt es einen regen Waffenschmuggel aus Westpapua nach Papua-Neuguinea. Die Polizei vermutet einen „Schmugglering“, der Feuerwaffen aus den grenznahen indonesischen Städten über die neuguineischen Küstenstädte Vanimo und Wewak in die Hochlandprovinzen bringt. Man wisse zwar um den Schmuggel, könne aber wegen Personal- und Ausstattungsmangel nichts dagegen unternehmen, so der frustrierte Polizeinspektor Tilae Michael von der Provinzpolizei der West Sepik Province. Immer mal wieder erwische man einzelne Schmuggler zu Lande oder zu Wasser, diese schwiegen aber über die Drahtzieher des Schmuggels. Es fehle an Personal, um entlang der Grenze zwischen der indonesischen Provinz und dem Staat PNG zu patrouillieren. Zudem sei das Gelände gebirgig und infrastrukturell kaum erschlossen.

Inspektor Michael befürchtet den Einsatz von Feuerwaffen im Rahmen des Wahlkampfes vor allem in den Hochlandprovinzen, die seit Jahren unter Stammeskämpfen leiden. (Post-Courier 10.05.12)

## Erster Kunde für Tiefseeprodukte

Der chinesische Hüttenwerksbetreiber „Tongling Nonferrous Metals Group“ ist der erste Kunde für aus der Tiefsee gewonnene Erze. Der chinesische Konzern unterschrieb einen Drei-Jahres-Vertrag mit dem kanadischen Bergbauriesen Nautilus Minerals, der über Lizenzen zum Abbau von Metallen in der Tiefsee der

Bismarck-See zwischen Festland-Papua-Neuguinea und der Insel Neubritannien verfügt. Nautilus will den Betrieb der ersten Tiefseemine im Manus-Becken voraussichtlich im vierten Quartal 2013 aufnehmen. Im „Solwara 1“ benannten Abbaugelände gibt es in einer Tiefe von 1.600 Metern nach Messungen von Nautilus mit Gold, Silber, Kupfer und Zink angereicherte Gesteinsbrocken.

Der in der chinesischen Provinz Anhui beheimatete Kupferproduzent Tongling hat sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren jährlich 1,1 Millionen Tonnen dieser Sulfide von Nautilus zu kaufen. Tongling will die Tiefseeprodukte in die Stadt Tongling importieren und dann dort verarbeiten. Nach der Produktion eines Kupferkonzentrats wird es im Industriekomplex des Unternehmens verhüttet. Der Preis, den Tongling Nonferrous zahlt, hängt dabei von der Qualität des produzierten Kupferprodukts ab. (PNG Mine Watch 25.04.12, <http://www.tnmg.com.cn/english/>, <http://www.goldinvest.de/index.php/nautilus-minerals-schliesst-abnahmeabkommen-mit-chinesischem-huettenwerk-24608>)

## Holzkonzern bekommt drei Bergbaulizenzen

Über seine 70-prozentige Beteiligung an dem Joint Venture „Viva No. 39 Ltd.“ hat der malaysische Holzfällerkonzern „Rimbunan Hijau“ (RH) drei Lizenzen für den Abbau von Rohstoffen in der Morobe, in der Central Provinz und auf der Rossel Island bekommen. RH und der im westaustralischen Perth ansässige Gold- und Uranproduzent „Siburan Resources“ hatten sich 2011 zu dem in PNG registrierten Joint Venture „Viva No. 39“ zusammengeschlossen, Siburan hält 30 % der Anteile.

RH erhielt die Abbaulizenz für ein 697 Quadratkilometer großes Gebiet bei Garaina in der östlichen Morobe Provinz. Hier sollen überwiegend Gold und Platin gefördert werden. Die zweite Lizenz umfasst ein 1.355 Quadratkilometer großes Gebiet namens „Rigo,,

rund 70 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Port Moresby, in dem Kupfer gefördert werden soll. Die dritte Lizenz gilt für die 512 Quadratkilometer große Insel „Rossel“ in der Milne Bay Provinz. (The National 06.06.11, PNG Mine Watch 02.04.12, <http://www.siburan.com.au>, <http://www.infomine.com/index/pr/PB170021.PDF/>)

## Top-Diplomatin geehrt

Lucy Bogari ist die diesjährige Preisträgerin des von den amerikanischen Botschaften vergebenen „International Women of Courage“-Preises. Die Diplomatin wurde bereits Mitte März in Port Moresby ausgezeichnet. Bogari ist derzeit „Acting Secretary“ im neuguineischen Außenhandelsministerium (Department of Foreign Affairs and Trade). Die gestandene Diplomatin, die bereits als neuguineische Botschafterin in verschiedenen Ländern im Einsatz war, erhielt die Auszeichnung für ihre langjährigen Bemühungen um die Stärkung von Frauen in der Politik. So kämpft Bogari seit Jahren für die Gleichbehandlung von Frauen im Staatsdienst und im Öffentlichen Sektor. Auf internationalem Parkett hat sich Bogari verdient gemacht im Einsatz gegen Menschenhandel und häusliche Gewalt gegen Frauen.

Info: Der „International Women of Courage Award“ wird jährlich vom amerikanischen Außenministerium an Frauen verliehen, die sich in besonderer Weise für die Stärkung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Kultur einsetzen. (Newsletter der US Embassy 15.03.12 <http://portmoresby.usembassy.gov/>)

## SALOMONEN

### Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Der südamerikanische Andenstaat Peru hat Ende März diplomatische Beziehungen zu den Salomonen aufgenommen. Der peruanische Außenminister Fortunato Rafael Roncagliolo Orbegoso erklärte, dies sei ein erster Schritt zur Aufnahme von Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Sicht. Die neue Außenpolitik Perus sieht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu möglichst vielen Staaten in allen Kontinenten vor.

*Info:* Peru grenzt im Westen mit einer 2.400 Kilometer langen Küstenlinie an den Pazifischen Ozean. Ähnlich wie auf den Salomonen lebt der Staat von den Einkünften aus Minenprojekten und der Landwirtschaft. In Peru leben 29,6 Millionen Menschen, auf den Salomonen ca. 590.000 (*Andina* 21.03.12, *CIA Worldfactbook online*)

### RAMSI ehrt Liloqula

Ruth Liloqula ist im März mit dem „Special Coordinator’s Award for Women“ der RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) ausgezeichnet worden. Bei dem traditionellen jährlichen „Frauenfrühstück“ im RAMSI-Hauptquartier in Honiara übergab RAMSI-Einsatzleiter Nicholas Coppel den Preis an Frau Liloqula, die 2007 als erste Frau einen Job im Kabinett bekam. Die Rede auf die Preisträgerin hielt Rhonda Sikibalu, die derzeit älteste aktive Politikerin der Salomonen. Sie ist Vizepremierministerin der Provinz Isabel. Sikibalu ermutigte Frauen, politische Führungsrollen zu übernehmen.

*Info:* Der „Special Coordinator’s Award for Women“ wurde 2009 von der RAMSI ins Leben gerufen, um Frauen zu ehren, die sich um die Salomonen besonders

verdient gemacht haben.

Ruth Liloqula blickt auf eine Ausnahme-Karriere zurück. 1977 machte sie ihren Bachelor in tropischer Landwirtschaft an der University of Papua New Guinea in Port Moresby. Anschließend schloss sie 1984 ihren Master in Biotechnologie an der Universität in Reading (Großbritannien) ab. Ihr großer Erfolg als Direktorin der Forschungsabteilung des salomonischen Landwirtschaftsministeriums brachte ihr ein Stipendium ein, so dass sie einen weiteren Abschluss in Biotechnologie und „genetic engineering“ an der Colorado State University (USA) machen konnte. 1998 ging sie in die Politik, wo sie diverse Posten innehatte, bis sie 2007 zur Staatssekretärin des Kabinetts („Secretary of Cabinet“) gewählt wurde.

([http://toabaita-authoty.blogspot.de/2007\\_10\\_01\\_archive..html](http://toabaita-authoty.blogspot.de/2007_10_01_archive..html), <http://www.ramsi.org/Media/docs/120309-Ruth-Liloqula-speech-women-breakfast-cbd11bfe-60d4-4d16-933a-c3d4424072f4-0.pdf>, *RAMSI Pressemitteilung* 09.03.12)

### Ministerium bekräftigt Seegurken-Verbot

Das Ministerium für Fischerei und marine Ressourcen hat das Verbot gegen das Züchten, Fangen, Verkaufen und Besitzen von Seegurken bekräftigt. Vorausgegangen war eine Anfrage der „Solomon Islands Democratic Party“ nach Aufhebung des Verbots. Man verstehe die Existenzsorgen der Fischer, die bis dato von der Zucht und dem Verkauf von Seegurken gelebt hätten, erklärte ein Ministeriumssprecher. Trotzdem werde der Paragraph 13 A des „Fisheries Regulation Act“ nicht außer Kraft gesetzt. Das Gesetz regelt die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände, bei Verstößen werden Geldbußen in Höhe bis zu 13.550 US-Dollar fällig.

Derzeit führt das Fischereiministerium eine Erhebung der Seegurken-Bestände in den salomonischen Gewässern durch. Au-

ßerdem laufen Tests mit einem Aufzuchtbecken, das die japanische Regierung finanziert hat. Hier soll geprüft werden, ob das Anzichten von Seegurken in Becken rentabel für die Fischer ist.

*Info:* Seegurken sind Gewebetiere aus dem Stamm der Stachelhäuter. Sie können bis zu zwei Meter lang werden und kommen im Mittelmeer und in der Tiefsee des Pazifiks und Atlantiks vor. In Asien werden eingelegte Innereien von Seegurken gerne als Delikatesse verspeist, zum Beispiel das japanische Gericht Konowata. In Spanien gelten die inneren Muskelstränge der Königsseegurke als Delikatesse und werden gekocht mit Nudeln gegessen. Die getrocknete und zwischendurch zwei- bis dreimal gedämpfte und schließlich mehrere Monate geräucherte Seewalze wird *Trepang* (malaiisch für Seegurke) genannt. Sie wird beispielsweise für die so genannte Trepang-Suppe verwendet. Bunte Seegurken werden gelegentlich in Meerwasseraquarien gehalten.

(*Solomon Star* 13.03.12, <http://www.spc.int/coastfish/Countries/solomons/Solomon.pdf>, *Wikipedia*)

### Erweiterung der Uni

Der Studentenverband der Salomonen (Students Association Solomon Islands, SASI) hat sich bei Bildungsminister Dick Ha’amori für seinen Einsatz zum Bau eines vierten Unicampus bedankt. Ha’amori hatte die Verhandlungen für den Bau eines vierten Campus erfolgreich geleitet. Das Kabinett unter Premierminister Gordon Darc Lilo hatte Ende März endgültig dem Bau eines vierten Universitätsgebäudes bei dem Ort „King George“ östlich der Hauptstadt Honiara zugestimmt. Paul Kori, Sprecher der SASI, erklärte, die beengten Zustände an den bisher drei Standorten der „University of the South Pacific“ (USP) hätten den Lernprozess erschwert. Eine Entzerrung der Situation könne sich nur positiv auswirken, zumal derzeit besonders viele junge Menschen an der

USP studieren. Immerhin würden an den Unis die zukünftigen politischen Führungskräfte der Salomonen ausgebildet, betonte Kori. (*Solomon Star* 20.03.12)

## Südkorea eröffnet Büro für Entwicklungshilfe

Südkorea hat Mitte März in Honiara ein Büro seiner staatseigenen Entwicklungshilfeorganisation „Korea International Cooperation Agency“ (KOICA) eröffnet. Weltweit betreibt die südkoreanische Republik 44 dieser Büros in 26 Staaten weltweit, dasjenige auf den Salomonen ist der bisher einzige Standort im Pazifik. Der koreanische Botschafter Lee Whie-Jin betonte bei der Eröffnung des Büros die Bedeutung, die Korea der finanziellen Unterstützung der Salomonen zumesse. KOICA wolle vor allem Projekte im Bereich nachhaltiger Entwicklung und in der Armutsreduzierung fördern, hieß es.

Der salomonische Außenminister Clay Forau erklärte, mit Hilfe der KOICA würden die Salomonen noch besser die 2011 verabschiedete Entwicklungshilfestrategie (National Development Strategy, NDS) durchführen können. Das neue Büro sei auch ein Zeichen für die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten in der Entwicklungshilfe, betonte Forau. (*Solomon Star* 13.03.12, <http://www.koica.go.kr/english/main.html>)

## Neuer Polizeipräsident

Anfang Mai hat der neue Polizeipräsident der „Royal Solomon Islands Police“ (RSIPF), John William Langsley, seinen Amtseid vor dem Generalgouverneur Sir Frank Kabui, Premierminister Gordon Darcy Lilo und weiteren Kabinettsmitgliedern abgelegt. Der Brite Langsley soll zunächst für zwei Jahre die Polizeikräfte leiten. Er hatte sich im Februar 2012 gegen vier weitere Kandidaten durchgesetzt, nachdem das

Amt des Polizeipräsidenten für 18 Monate nur kommissarisch von Walter Kola geleitet worden war.

Langsley war bereits von 2003 bis 2005 im Rahmen der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) in Honiara stationiert. (*Solomon Star* 03.05.12, *Flash d'Océanie* 03.05.12)

## FIDSCHI

### Ausarbeitung der neuen Verfassung hat begonnen

Die zurückliegenden Wochen und Monate haben zu zahlreichen Entwicklungen im politischen System Fidschis geführt. So ist die Verfassungskommission, die mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betraut ist, ernannt worden und hat ihre Arbeit aufgenommen. In den nächsten Monaten soll sie Vorschläge für eine neue Verfassung ausarbeiten, die im Januar 2013 von einer noch einzuberufenden Versammlung angenommen werden und ab Februar 2013 gelten soll. Bereits jetzt hört man in den Medien wieder verstärkt die Stimmen früherer politischer Parteien, die in den letzten Jahren weitgehend aus dem öffentlichen Sichtfeld verschwunden waren. Diese prinzipiell als äußerst positiv zu bewertenden Ereignisse werden gleichzeitig jedoch auch von Kritik und Gerüchten über die mögliche Gründung einer „Militär-Partei“ begleitet.

Auch wenn es aufgrund der Komplexität der Ereignisse und des häufig noch spekulativen Gehalts einiger Meldungen nicht immer einfach ist, alle Entwicklungen nachzuvollziehen, versuchen die folgenden Artikel die wichtigsten Entwicklungen darzustellen.

Anmerkung der Redaktion: Alle Artikel stammen von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin

## Verfassungskommission nimmt Arbeit auf

Nachdem lange Unklarheit über die Besetzung der *Constitutional Commission* geherrscht hat, deren Aufgabe die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ist, stehen inzwischen alle fünf Mitglieder der Kommission fest. Die Kommission hat bereits damit begonnen, ihre Arbeit aufzunehmen. Bis zum Ende des Jahres soll sie einen Vorschlag für eine neue Verfassung ausarbeiten. Dem vorausgehen sollen umfangreiche Konsultationen mit der Bevölkerung und unterschiedlichen Interessensvertretern im ganzen Land.

Der Verfassungskommission gehören Yash Ghai, Christina Murray, Taufa Vakatale, Penelope Moore und Satendra Nandan an.

Nach derzeitigen Planungen soll die neue Verfassung in einer Verfassungsverammlung, deren Zusammensetzung noch unbekannt ist, im Januar 2013 angenommen werden. In Kraft treten soll die Verfassung dann im Februar 2013, anderthalb Jahre bevor es im September 2014 zu demokratischen Wahlen kommen soll.

Geleitet wird die Kommission von *Yash Ghai*. Der Kenianer ist derzeit Professor an der Universität Hongkongs und hat zahlreiche Erfahrungen in der Ausarbeitung und Reformierung von Verfassungen. So wirkte er bereits bei 15 Verfassungsreformen in der ganzen Welt mit und leitete 2004 zeitweise die kenianische Verfassungskommission. Außerdem hat er als Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs in Kambodscha gedient und an den Universitäten in Yale, Harvard und Singapur unterrichtet. In Fidschi hat er bereits 1997 die *Fiji Labour Party* (FLP) bei ihren Anträgen an die damalige Verfassungskommission beraten und sich nach dem zivilen Coup von George Speight im Jahr 2000 im Land aufgehalten. Obwohl Ghai sich in zahlreichen früheren Positionen

mit den jeweiligen Regierungen überworfen hat und wegen Verzögerungen durch die Regierung sein Amt als Vorsitzender der kenianischen Verfassungskommission niedergelegt hat, steht er in der Kritik. Während einige Beobachter seine Benennung als Zeichen dafür sehen, dass die Kommission nicht, wie befürchtet, von der Regierung dominiert werde, werfen andere Beobachter Ghai vor, lediglich eine Marionette von Übergangspräsident Voreqe Bainimarama zu sein. Für Verwunderung sorgt dabei vor allem die Tatsache, dass er als Professor die Abschlussarbeit von Aiyaz Sayed-Khaiyum betreut hat, der fidschianische Generalstaatsanwalt ist und als eines der wichtigsten Sprachrohre der derzeitigen Übergangsregierung gilt. Kritisiert wird Ghai sogar für seine langjährige Zusammenarbeit mit dem *Citizens' Constitutional Forum* (CCF), dem von anderen Nichtregierungsorganisationen vorgeworfen wird, trotz regelmäßiger Kritik an der Regierung zu stark mit dieser zusammenzuarbeiten.

Neben Yash Ghai gehören der Kommission auch die Südafrikanerin *Christina Murray* sowie *Penelope Moore*, *Satendra Nandan* und *Taufa Vakatale* an. Murray, die derzeit an der Universität von Kapstadt lehrt, war unter anderem in der südafrikanischen und kenianischen Verfassungskommission aktiv. Vakatale diente von 1993 bis 1997 unter Sitiveni Rabuka als fidschianische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Technologie und war von 1997 bis 1999 Fidschis erste weibliche Vize-Premierministerin. Auch Nadran war früher selbst politisch aktiv und saß sowohl für die *National Federation Party* (NFP) als auch für die *Fiji Labour Party* (FLP) im Parlament. Er war vor dem ersten Militärcoup im Jahr 1987 für wenige Wochen Gesundheitsminister, war Gründungsmitglied der *University of the South Pacific* und ist derzeit Professor an der *Australian National University*. Moore schließlich soll die Stimme der Nichtregie-

rungsorganisationen in der Kommission vertreten. Sie hat sich insbesondere beim *Fij Women's Right Movement* und bei *Women's Action for Change* engagiert. (*Islands Business*, 24.5.2012, *FijiLive* 10.5.2012 und 23.5.2012, *Fiji Times* 10.5.2012)

### **Pacific Forum Ministerial Contact Group zu Besuch**

Anfang Mai hat die *Pacific Forum Ministerial Contact Group* (MCG) Fidschi besucht. Die Gruppe des *Pacific Islands Forum* (PIF) hat die Aufgabe, die Entwicklungen in Fidschi seit der Suspendierung des Landes aus der regionalen Organisation im Jahr 2009 zu beobachten und Fidschi auf dem Weg zurück zur Demokratie zu unterstützen. Sie besteht aus Ministern verschiedener anderer Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum. Der Delegation gehörten der neue australische Außenminister Bob Carr, der neuseeländische Außenminister Murray McCully, die Außenminister Papua-Neuguineas und Vanuatus, Ano Pala und Alfred Carlot, ebenso wie der Außenminister und langjährige frühere Ministerpräsident Tuvalu, Apisai Ielemia, und der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi an. Letzterer hatte sich in der Vergangenheit immer wieder heftige und teils sehr persönliche Wortgefechte mit dem Übergangspräsidenten Fidschis, Voreqe Bainimarama, geliefert.

Die Delegation traf sowohl mit Vertretern der fidschianischen Übergangsregierung zusammen als auch mit weiteren am Verfassungsprozess beteiligten Akteuren. So organisierte sie auch ein Treffen mit den früheren fidschianischen Premierministern und Kritikern der aktuellen Übergangsregierung Mahendra Chaudhry und Laisenia Qarase sowie weiteren früheren Politikern.

Insgesamt blickt die Gruppe hoffnungsvoll auf die derzeitigen Entwicklungen in Fidschi und

möchte die Verfassungskonsultationen konstruktiv begleiten und unterstützen. Vereinzelt wurde die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr Fidschis in das Pacific Islands Forum geäußert. Sollte Fidschi wie geplant 2014 demokratische Wahlen abhalten, wird die Suspendierung des Landes von jeglicher Partizipation in der Organisation automatisch hinfällig. (*Islands Business* 30.4.2012, *Fiji Sun* 30.4.2012, *Radio New Zealand International* 3.5.2012)

### **Verfassungskommission fordert Aufhebung aller Einschränkungen zur Meinungsäußerung**

Der Vorsitzende der neuen Verfassungskommission, Yash Ghai, hat die Übergangsregierung dazu aufgefordert, alle bestehenden Einschränkungen der freien Meinungsäußerung zu beseitigen. Er sagte, alle bestehenden Einschränkungen, welche zum Beispiel die Versammlungsfreiheit behindern, müssten gerechtfertigt werden. Für seine Äußerungen erhielt Ghai umgehend die Unterstützung der *Fiji Labour Party* (FLP). Der frühere Premierminister und FLP-Vorsitzende Mahendra Chaudhry sagte, die FLP-Führung habe sich bereits mit Ghai getroffen, um über die mögliche Beseitigung noch bestehender einschränkender Erlasse zu diskutieren. Ghai sagte, anstatt die Erlaubnis für öffentliche Versammlungen beantragen zu müssen, sollten in Zukunft Mitteilungen solcher an die Regierung genügen. Über Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum ließ die Übergangsregierung jedoch mitteilen, dass sie derzeit nicht plane, einzelne Erlasse zurückzuziehen. Nach Ansicht der Regierung schränke insbesondere der umstrittene *Public Order Amendment Decree*, welcher Anfang des Jahres nach Aufhebung der *Public Emergency Regulations* erlassen worden war, freie Rede und Meinungsäußerung nicht ein. Nach Sayed-Khaiyum sei es ironisch, dass Kritiker der Über-

gangsregierung wie der frühere Premierminister Laisenia Qarase regelmäßig im Fernsehen und Radio auftreten würden, um dort darüber zu sprechen, dass sie sich nicht frei äußern könnten. Ghai bleibt hingegen bei seiner Ansicht, dass eine Reform der bestehenden Erlasse den Prozess der Ausarbeitung einer neuen Verfassung unterstützen würde. (*Islands Business* 18.5.2012, *Fiji Live* 18.5.2012, *Radio New Zealand International* 14.5.2012)

### **Kandidatur Bainimaramas bei den Wahlen & Gründung einer „Militär-Partei“?**

Für Verunsicherung sorgen währenddessen anhaltende Gerüchte über die mögliche Gründung einer „Militär-Partei“ im Vorfeld der für September 2014 geplanten demokratischen Wahlen. Gemeint ist damit die Gründung einer Partei der derzeitigen aus dem fidschianischen Militär stammenden Mitglieder der Übergangsregierung und führender Mitglieder der fidschianischen Streitkräfte. Diese dementieren die geplante Gründung einer solchen Partei. So hat Mosese Tokioga, Befehlshaber der fidschianischen Landstreitkräfte, gegenüber *Radio New Zealand International* (RNZI) deutlich gemacht, dass die Streitkräfte in keiner Weise die Intention hätten, eine eigene politische Partei ins Leben zu rufen. Er könne sich nicht erklären, woher diese Spekulationen kommen. Auch Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum wies die Spekulationen zurück. Er sagte, innerhalb der Übergangsregierung habe man nicht einmal über die Möglichkeit der Gründung einer eigenen Partei nachgedacht. Scheinbar wüssten andere Menschen mehr darüber, was die Regierung tue, als diese selber, sagte er weiter.

Befürchtungen über die Gründung einer formalen politischen Partei des derzeitigen Regimes drückten vor allem Mick Beddoes,

Mahendra Chaudhry und Laisenia Qarase aus. In einer gemeinsamen Bekanntmachung (siehe unten) wiesen die früher teilweise verfeindeten Politiker darauf hin, dass zwar jeder das Recht habe, eine Partei zu gründen und an den Wahlen teilzunehmen, die entsprechenden Personen dann aber umgehend die Übergangsregierung verlassen sollten.

Ausgelöst worden sind die Gerüchte vor allem durch eine Äußerung von Übergangspräsident Voreqe Bainimarama, der zugleich Vorsitzender der fidschianischen Streitkräfte ist. Hatte er bisher stets ausgeschlossen, auch nach 2014 politische Ämter bekleiden zu wollen, sagte er nun, er überlege als Kandidat bei den Wahlen anzutreten. In diesem Falle, so fügte er hinzu, gehe er von einem Wahlsieg seiner Person aus. (*Islands Business* 3.5.2012 und 9.5.2012, *Radio New Zealand International* 3.5.2012, 9.5.2012 und 17.5.2012, *Fiji Sun* 14.5.2012)

### **Rolle des Militärs in der zukünftigen Verfassung**

Währenddessen laufen auch Diskussionen darüber, inwieweit die Verfassung die zukünftige Rolle des Militärs festlegen soll. Aufgrund der bedeutenden Rolle des Militärs in der Vergangenheit fordern viele Experten, dass die Verfassung in jedem Fall Bestimmungen zum Militär enthalten müsse. Der Vorsitzende der Verfassungskommission, Yash Ghai, sagte, die Verfassung werde sich in jedem Fall mit dem Militär befassen müssen. Dies bestätigen auch Vertreter des Militärs. So sagte Mosese Tokioga, der die fidschianischen Landstreitkräfte befehligt, dass die neue Verfassung in jedem Fall die Rolle des Militärs definieren müsse. Für Unstimmigkeit sorgt hingegen die Frage, welche Form diese Bestimmungen in der Verfassung annehmen sollten. So weist die Regierung Forderungen, die Verfassung solle auch die Größe des Militärs dauerhaft festlegen, zurück. Generalstaatsanwalt Aiy-

az Sayed-Khaiyum sagte im Namen der fidschianischen Übergangsregierung, er kenne kein anderes Land, in welchem die Größe der Streitkräfte in der Verfassung geregelt sei. Daher sei dies auch für Fidschi kein Thema.

Nichtregierungsorganisationen befürchten hingegen auch weiterhin eine übermäßig mächtige Stellung des Militärs, welche jegliche wahrlich demokratische Politik zunichtemachen würde. Sie sehen das Militär als „Elefant“ in einem Raum ohne weitere starke Akteure. (*Islands Business* 8.5.2012 und 17.5.2012, *Fiji Sun* 8.5.2012, *Radio New Zealand International* 17.5.2012)

### **Forderung nach umgehender ziviler Übergangsregierung**

In einem gemeinsamen Statement haben die drei wichtigsten Politiker zur Zeit des Militärputschs im Jahr 2006, Mahendra Chaudhry, Laisenia Qarase und Mick Beddoes, die umgehende Auflösung der derzeitigen militärischen Übergangsregierung zugunsten einer vollständig zivilen Interimsadministration gefordert. Die Politiker der Fiji Labour Party (FLP), der Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua (SDL) und der United Peoples Party (UPP) schrieben in einem gemeinsamen Communiqué, dass diese die rein zivile Übergangsregierung Fidschi auf dem Weg zu demokratischen Wahlen im Jahr 2014 leiten müsste. Dies gelte insbesondere für den Fall, dass Mitglieder der derzeitigen Übergangsregierung als Kandidaten an den Wahlen teilnehmen wollen. Zuvor hatten die drei Politiker sich bei einem Treffen mit der Forum Ministerial Contact Group getroffen. Vor allem Chaudhry und Qarase sind in der Vergangenheit durch eine politische und persönliche Feindschaft aufgefallen. Chaudhry selbst diente nach der Intervention des Militärs im Jahr 2006, welche zur Absetzung der Regierung Qarases führte, eine Zeit lang in der Übergangsregierung

Bainimaramas. Qarase hatte das Amt des Premierministers übernommen, nachdem die Regierung Chaudhrys durch einen zivilen Putsch des Geschäftsmannes George Speight im Jahr 2000 gestürzt worden war und das Militär unter Bainimarama nach Beendigung des zivilen Putsches den später wiedergewählten Qarase mit der Regierungsbildung beauftragt hatte. (*Islands Business* 3.5.2012, *Radio New Zealand International* 3.5.2012)

### **Positive Auswirkungen auf fidschianische Wirtschaft**

Laut dem Wirtschaftsprofessor Biman Prasad wird sich die Ankündigung der Verfassungskonsultationen unmittelbar positiv auf die fidschianische Wirtschaft auswirken. Die Vergangenheit habe gezeigt, wie eng Wirtschaft und die politische Situation des Landes miteinander verwoben seien. In den letzten 25 Jahren seien stets die Phasen politischen Dialogs und politischer Konsultationen die Zeiten des stärksten Wirtschaftswachstums gewesen, während die Putsche sich negativ auf die Entwicklung ausgewirkt hätten. Daher sei die Ankündigung der Arbeit an der Verfassung aus rein ökonomischer Sicht eine „sehr, sehr gute“ Nachricht. Biman Prasad hofft, die Arbeit an einer neuen Verfassung werde das notwendige Vertrauen in die politische Stabilität und die Wirtschaft Fidschis erzeugen. (*Islands Business* 15.5.2012)

### **Immunität für Mitglieder des Regimes nach 2014?**

Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit den Konsultationen zur neuen Verfassung und den Planungen für die Zeit nach den geplanten demokratischen Wahlen im Jahr 2014 stellt, ist die nach einer möglichen Immunität für die Mitglieder der heutigen militärischen Übergangsregierung. Viele Beobachter gehen davon aus, dass Übergangspräsident Voreqe Bainimarama und

Mitglieder seiner Regierung sich nicht nur gegenüber der früheren Verfassung, sondern auch gegenüber noch später als gültig betrachtetem Recht schuldig gemacht haben. Demnach müssten sie mit strafrechtlicher Verfolgung spätestens nach den Wahlen im Jahr 2014 rechnen, sofern sie in diesen nicht erneut in politische Ämter gewählt werden, welche eine Immunität vor Strafverfolgung mit sich bringen. Gerade weil die Übergangsregierung von sich selber glaubt, der sogenannten „Coup Culture“ ein Ende bereitet und den Übergang in ein stabiles Fidschi eingeleitet zu haben, gilt es als unwahrscheinlich, dass die Mitglieder der Übergangsregierung sich der Möglichkeit einer Strafverfolgung stellen werden. Um einen reibungslosen Übergang der Amtsgeschäfte von der derzeitigen Übergangsregierung auf eine zukünftige demokratisch legitimierte Regierung sicherzustellen sowie die Wahrscheinlichkeit zu senken, dass derzeitige Regierungsmitglieder an den Wahlen teilnehmen und sich im Vorfeld politische Vorteile erarbeiten, befürworten daher viele eine generelle Immunität für alle Mitglieder der Übergangsregierung. (*Islands Business* 14.5.2012)

## **WEITERE NACHRICHTEN**

### **Umbenennung von Air Pacific in Fiji Airways**

Die fidschianische Fluggesellschaft *Air Pacific* wird ab dem kommenden Jahr wieder zu ihrem ursprünglichen Namen *Fiji Airways* zurückkehren. Hintergrund der Umbenennung ist der Wunsch, die Identifizierung der Fluggesellschaft mit dem Land zu stärken. Wie der Direktor von *Air Pacific*, Dave Pflieger, sagte, sei die Umbenennung Folge einer generellen Umstrukturierung und Neuausrichtung der Fluglinie über die letzten Jahre. Dabei habe man versucht, international – vor allem in Australien, Neuseeland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und China –

Marktanteile zu gewinnen und Flugverbindungen nach Fidschi aufzubauen. Eine Umfrage mit Reisenden aus diesen Ländern hat nun deutlich gemacht, dass eine Großzahl der Reisenden die Fluggesellschaft nicht mit Fidschi assoziiere. Diese Verbindung solle durch die Änderung des Namens gestärkt werden.

Das Unternehmen war bereits von 1950, als es von einem Australier in Suva gegründet wurde, bis 1970 unter dem Namen *Fiji Airways* bekannt, bevor es in *Air Pacific* umbenannt wurde, um die regionalen Aktivitäten der Fluggesellschaft zu unterstreichen. Damals besaßen zahlreiche benachbarte Inselstaaten Anteile an der Fluggesellschaft, die später jedoch zumeist abgestoßen wurden. Heute besitzt die australische Fluggesellschaft Qantas einen Anteil von 46,3 % an der Fluggesellschaft. Parallel zur Umbenennung der Fluggesellschaft laufen derzeit aber Verhandlungen zwischen Qantas und der fidschianischen Regierung über einen Verkauf der Anteile des australischen Unternehmens an den fidschianischen Staat. Das erste Verkaufsangebot von Qantas wurde von Fidschi zurückgewiesen, da der Preis zu hoch gewesen sei. Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum sagte, die Regierung sei immer noch an einer Übernahme der Anteile interessiert und hoffe, eine einvernehmliche Einigung über den Preis mit Qantas zu finden. Fidschi besitzt derzeit bereits einen Anteil von 51 % an *Air Pacific*. (*Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business* 14.5.2012, 15.5.2012 und 17.5.2012, *Fiji Times* 15.5.2012)

### **Sechs Soldaten auf dem Sinai festgehalten**

Beduinen haben sechs fidschianische Soldaten, die im Rahmen einer Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen auf dem Sinai stationiert sind, für mehrere Stunden festgehalten. Die Patrouille, deren Aufgabe in erster

Linie die Grenzsicherung ist, sei an einem inoffiziellen Checkpoint angehalten und an der Fortsetzung ihrer Arbeit gehindert worden. Das Leben der Soldaten, die nach mehreren Stunden wieder freigelassen wurden, sei jedoch zu keinem Zeitpunkt in Gefahr gewesen. Die Beduinen forderten die Freilassung von Stammesangehörigen, welche aufgrund von terroristischen Aktivitäten festgenommen worden sind. Nachdem die Freilassung der Beduinen in Aussicht gestellt worden war, sei es dem Kommandanten der Einheit in Verhandlungen gelungen, die Freilassung der fidschianischen Soldaten sowie die Freigabe der beschlagnahmten Fahrzeuge und Materialien zu erwirken. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 8.5.2012, Fiji Live 8.5.2012)

### Laptops für Schulkinder

Die international aktive Initiative „One Laptop Per Child“ („Ein Laptop für jedes Kind“) will bis 2015 zumindest jedes zweite fidschianische Kind im Alter von sechs bis 12 Jahren mit einem Laptop ausstatten. In einem Pilotprojekt seien bereits 800 Laptops an zwei Schulen in Suva verteilt worden. Im kommenden Jahr sollen zunächst 30 weitere Schulen in Fidschi ausgesucht und mit Laptops ausgestattet werden. Die Initiative arbeitet mit verschiedenen internationalen Sponsoren zusammen und erhält für seine Aktivitäten im Pazifik außerdem Unterstützung von der Bank of the South Pacific (BSP). Wie der für Ozeanien zuständige Direktor der Initiative mitteilte, habe BSP weitere Unterstützung für Projekte in Fidschi und den Solomon-Inlands zugesagt. Derzeit hat „One Laptop Per Child“ bereits etwa 50.000 Laptops für Kinder im gesamten Pazifikraum zur Verfügung gestellt. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 3.5.2012, Radio New Zealand International 3.5.2012)

### Bhagwan-Rolls berät UN Women

Die Fidschianerin Sharon Bhagwan-Rolls, Gründerin von *Fem-LINKPACIFIC*, ist in die *UN Women Global Civil Society Advisory Group* berufen worden. Als Mitglied der Gruppe berät sie die Direktorin des internationalen Frauenrechtsprogramms der Vereinten Nationen, UN Women, Michelle Bachelet. Vor einiger Zeit hat UN Women die Einrichtung regionaler sowie einer globalen Beratungskommission beschlossen, um die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft und in dieser existierenden Initiativen zum Schutz der Rechte von Frauen zu verbessern. Sie ist derzeit die einzige Vertreterin aus dem Pazifikraum in dem Gremium. Die Berufung in das Gremium gilt für zwei Jahre.

Die globale Advisory Group wird zum ersten Mal im September 2012 in New York zusammentreten. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 15.5.2012, Fiji Sun 15.5.2012)

### Verwaltung und Regierungsleistungen sollen transparenter werden

Angebote und Dienstleistungen der fidschianischen Verwaltungen und der Regierungen sollen in Zukunft transparenter und nachvollziehbarer für die Bürger werden. Dies hat Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum angekündigt. Mit einem als *Freedom of Information Decree* bezeichneten Erlass sollen Bürger in Zukunft die Möglichkeit erhalten, leichter Einsicht in Regierungsdokumente und Entscheidungsprozesse zu bekommen. Wie Sayed-Khaiyum sagte, soll zum Beispiel ein Bus- oder Taxifahrer, welcher sich um eine Lizenz beworben, diese aber nicht erhalten hat, in Zukunft die Möglichkeit erhalten, Einsicht in Regierungsakten zu erlangen. So könne er nachverfolgen, warum ein anderer Bewerber eine Lizenz erhalten

habe, er aber nicht. Die Regelung soll für alle staatlichen Verwaltungsaufgaben und von Regierungsinstitutionen angebotene Dienstleistungen gelten. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 21.5.2012, Fiji Live 21.5.2012)

### Chinesen investieren in Goldmine

Die chinesische Firma „Zhongrun International Mining“ aus Jinan (Provinz Shandong) hat 17,6 % Anteile an der fidschianischen Vatukoula Goldmine erworben. Es handelt sich um die erste chinesische Firma, die eine größere Investition im Bergbausektor getätigt hat, erklärte Interims-Premierminister Frank Bainimarama, der sich sehr stark für verbesserte Handelsbeziehungen von und nach China engagiert hat.

*Info:* Die Vatukoula-Mine liegt bei Tavua auf der Insel Viti Levu. Die älteste Goldmine Fidschis war zunächst von „Emperor Gold Mines“ betrieben worden, wird nun aber von der britischen Firma „Vatukoula Gold Mines“ betrieben. Am Standort London und in Tavua beschäftigt der Goldproduzent 700 Arbeiter. Voraussichtlich können aus der Mine 680.000 Unzen Gold sowie weitere 4,3 Millionen Tonnen weitere Rohstoffe gefördert werden.

(Artikel von Julia Ratzmann. <http://www.vgmpc.com/>, <http://www.fbc.com.fj/fiji/1820/chinese-firm-invests-in-fiji-gold-mine>, <http://www.fijisun.com.fj/2012/04/27/big-chinese-company-invests-in-vatukoula/>)

### Fidschi verpachtet an MSG

Zur Stärkung der Beziehungen Fidschis zu einigen Ländern in der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG) hat Premierminister Frank Bainimarama mit den Salomonen, Papua-Neuguinea und Vanuatu Nutzungsüberlassungsverträge über Landflächen geschlossen. Auch an die Unabhängigkeitspartei von Neukaledonien, die „Front de libération

nationale kanak et socialiste“ (FLNKS), wurden Pachtverträge ausgegeben. Die Verträge seien ein Mittel, um die Länder der MSG noch enger an Fidschi zu binden, sagte der Premier. Sie seien auch ein Zeichen für die vielfältige Zusammenarbeit in der MSG in den letzten 25 Jahren. Als derzeit amtierender Vorsitzender der MSG gab Bainimarama auch bekannt, dass drei so genannte „Beobachterländer“ wichtige finanzielle Unterstützung geleistet haben. So unterstützt Luxemburg das Sekretariat der MSG, Timor-Leste bezahlt die Wirtschaftsberater und China hat diverse Treffen finanziert, die sich vor allem mit der Situation von Recht und Sicherheit in Melanesien beschäftigen.

Am diesjährigen Gipfeltreffen der MSG in Suva Ende März nahmen auch Indonesien, Marokko und Russland als potentiell neue Mitglieder bzw. Beobachter teil.

*Info:* Die MSG ist eine Organisation von (unabhängigen) Staaten mit melanesischer Bevölkerung, die im März 1988 als politische Vereinigung gegründet wurde. Sitz des Sekretariats ist Port Vila in Vanuatu. Mitgliedsländer sind Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Vanuatu sowie die Partei FLNKS aus Neukaledonien. (Artikel von Julia Ratzmann. <http://www.msgsec.info/>, PINA 31.03.12)

### Förderung der Solarenergie

Der „Pacific Environment Community Fund“ (PEC) unterstützt mit 2,3 Millionen US-Dollar die Gewinnung von Solarenergie in ländlichen Haushalten. Mit dem „Carbon Abatement via Solar Homes System“ sollen 41 Dörfer elektrifiziert werden. Strom für die Generatoren soll dabei nicht durch fossile Brennstoffe, sondern über die Sonne erzeugt werden. Dazu werden Solarpaneele in den Dörfern aufgestellt.

Die Gelder dafür kommen aus dem PEC-Fonds, der 2009 von der japanischen Regierung eingerichtet worden war mit der Auflage, daraus nur Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien zu finanzieren. Die Japaner haben den Fonds mit 66 Millionen US-Dollar ausgestattet. Angezapft werden kann er von allen Mitgliedsländern des „Pacific Islands Forum“. Bis dato haben folgende Länder Gelder aus dem Fonds bekommen: Samoa, Tuvalu, die Cookinseln, Nauru und die Salomonen. Die Gelder dienen der Förderung von Solarenergie sowie der Anschaffung von Meerwasserentsalzungsanlagen. (Artikel von Julia Ratzmann. Pressemitteilung PIF 23.04.12, <http://www.forumsec.org>)

## VANUATU

### 30-jährige Freundschaft gefeiert

Ende März fand anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Aufnahme vanuatisch-chinesischer diplomatischer Beziehungen im Warwick Le Lagon Hotel in Port Vila eine große Feier statt. Rund 150 Geschäftsleute, Regierungsvertreter und einflussreiche Personen aus der Wirtschaft nahmen an der Jubiläumsfeier teil. Der vanuatische Premierminister Sato Kilman würdigte in seiner Ansprache die langjährige freundschaftliche Beziehung zu China und zählte detailliert auf, welche Projekte in den letzten Jahren mit Hilfe chinesischer Gelder in Vanuatu verwirklicht werden konnten, u.a. das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Port Vila, das Hauptquartier der „Melanesian Spearhead Group“ sowie die Studentenwohnheime auf dem Emalus-Campus der Universität. Premier Kilman betonte, China habe auch ganz praktische Entwicklungshilfe geleistet. So kämen seit Jahren chinesische Ärzte und medizinisches Personal für Kurzeinsätze nach Vanuatu. Auch entsende China regelmäßig professionelle Tischtennistainer, mit deren Hilfe sich die vanuatische

Frauenmannschaft bei der süd-pazifischen Tischtennis-Meisterschaft schon einen Platz auf dem Podium erkämpfen konnte.

Der chinesische Botschafter für Vanuatu, Cheng Shuping, sagte, obwohl Vanuatu nur eine kleine Nation sei, gäbe es hier großes wirtschaftliches und soziales Entwicklungspotenzial. Man sei sehr dankbar für alle Unterstützung der Regierung, wenn es darum ginge, chinesische Staatsbürger in einflussreiche Positionen auf der „Weltbühne“ zu bringen, erklärte Shuping. Er freue sich auch, dass Vanuatu rückhaltlos hinter der „One China“-Politik stünde, erklärte der Botschafter. Er wandte sich in seiner Ansprache besonders an die anwesenden Ni-Vanuatus und sagte, die Menschen hier seien ehrlich, freundlich, respektvoll und fleißig. (Vanuatu Daily Post 30.03.12)

### 70 Jahre Freundschaft mit USA

Mit einer traditionellen Zeremonie haben der Gouverneur der Provinz Sanma, Joel Path, und der amerikanische Botschafter für Vanuatu, Teddy B. Taylor, der 70-jährigen Beziehungen zwischen Vanuatu und den Vereinigten Staaten von Amerika gedacht. Botschafter Taylor bezog sich in seiner Ansprache vor allem auf den Beginn der US-vanuatischen Beziehungen im Juni 1942, als amerikanische Soldaten auf der Insel Espiritu Santo anlandeten, wo sie bis Kriegsende 1945 in der Stadt Luganville stationiert waren. Sowohl Santo als auch Efate waren während des Zweiten Weltkrieges wichtige Militärbasen der alliierten Streitkräfte.

Zu Beginn der Feier überreichte Botschafter Taylor eine versiegelte amerikanische Flagge an Joel Path, als Sinnbild für die freundschaftliche Beziehung. Path re-vanchierte sich mit dem Hauer eines Wildschweins als Zeichen der Verbundenheit mit den USA:

Die Zeremonie endete mit einer Schweigeminute, in der die Anwesenden der vanuatischen und amerikanischen Opfer des Zweiten Weltkrieges gedachten. (*Vanuatu Daily Post* 12.05.12, Wikipedia)

## Fünf Jahre Saisonarbeiter

Vanuatu hat dieser Tage die fünfjährige erfolgreiche Mitgliedschaft beim neuseeländischen „Recognised Seasonal Employer Scheme“ (RSE) gefeiert. Seit 2007 haben bereits 2.700 saisonale Arbeitskräfte in Neuseeland gearbeitet. Derzeit beschäftigen rund 40 neuseeländische Unternehmen im Obst- und Gartenbau sowie in Agrarbetrieben 1.700 Männer und Frauen aus Vanuatu. Die meisten Saisonarbeiter sind auf Plantagen in der Gegend um Marlborough (Südinsel) beschäftigt.

Der vanuatische Arbeitsminister äußerte sich begeistert über den Erfolg der Teilnahme am saisonalen Arbeitsmarkt für einheimische, meist ungelernete Kräfte. Vor Einführung des RSE habe es nur sehr wenige Heimatüberweisungen („remittances“) nach Vanuatu gegeben, da nur wenige Ni-Vanuatus in pazifische Nachbarstaaten ausgewanderten, erklärte Lionel Kaluat. Das habe sich aber sehr geändert. Er schätzte die Höhe der Heimatüberweisungen in den letzten fünf Jahren auf 41,2 Millionen US-Dollar.

McKenzie Kalotiti, der vanuatische Botschafter in Neuseeland, sagte, zu Beginn des Programms hätten die einheimischen Neuseeländer geglaubt, die Menschen aus Vanuatu seien aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe politische Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern. Dies Missverständnis habe sich jedoch bald aufgeklärt und inzwischen seien die saisonalen Arbeitskräfte gut integriert. So nahmen in diesem Jahr auch aus Saisonarbeitern bestehende Chöre mit Sängern aus Tonga, Samoa und Vanuatu an dem regionalen christlichen

Chorfestival „Many People, Many Songs“ in Nelson (Südinsel) teil. (*Pacific Trade and Invest Newsletter* 27.04.12, *Vanuatu Daily Post* 12.04.12)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN))

### Bergbauunternehmen plant Bau einer Fabrik in China

Im Dezember 2011 hat das neukaledonische Bergbauunternehmen SMSP („Société du Sud Pacifique“) ein Abkommen mit dem chinesischen Großunternehmen Jinchuan, dem drittgrößten Nickelproduzenten der Welt, abgeschlossen. Für die SMSP, deren Hauptaktionär die von der Unabhängigkeitsbewegung FLNKS („Front de Libération Kanak et Socialiste“) regierte Nordprovinz Neukaledoniens ist, geht es dabei um den Bau einer Nickelverarbeitungsfabrik in Chinas Süden, gut 50 km von der vietnamesischen Grenze entfernt. Das Abkommen entstand nach dem Vorbild der 2006 vereinbarten Partnerschaft mit dem südkoreanischen Bergbauunternehmen Posco. Demnach werden zwei Joint-Ventures gegründet: das erste hält die Lizenzen an den Minen, das zweite an der Verarbeitungsfabrik in China, die zukünftig 30.000 Tonnen Nickel und 2.000 Tonnen Kobalt produzieren soll. „*Geht man von einem Metallgehalt von 1,35 % bis 1,40 % aus, sind unsere Vorkommen immens*“, erklärt der Geschäftsführer der SMSP, André Dang, selbst Sohn vietnamesischer Einwanderer, die wegen des Bergbaus nach Neukaledonien kamen.

Zurzeit wird noch die Anteilsverteilung diskutiert. Während die 51/49-Regelung (51 % der Anteile für die SMSP, 49 % für Jinchuan) beim Joint-Venture, welches die Lizenzen halten wird, kein Problem darzustellen scheint, ist dies bei der Fabrik anders. Um die 51%-Anteile zu bekommen, benötigen die SMSP und Jinchuan die Genehmigung der chinesischen Zentralregierung, doch

diese steht einer Mehrheitsübernahme eines ausländischen Unternehmens kritisch gegenüber. Aus diesem Grund könnte es auf einen 50/50-Kompromiss hinauslaufen. (*Quelle: Les Echos, texte écrit par Anne Pitoiset, Übersetzung, Zusammenfassung und inhaltliche Ergänzungen von Pazifik-Netzwerkmitglied Matthias Kowasch, Nouméa*)

### Regierung reguliert Kava-Konsum

Die neukaledonische Territorialregierung hat dem öffentlichen Konsum des Genussmittels Kava in so genannten „Nakamals“ engere Grenzen gesetzt. In „Nakamals“, kneipenähnlichen Versammlungshäusern, treffen sich vor allem Männer zum gemeinsamen Kava-Trinken. Zukünftig dürfen diese Bars nur noch zwischen 17 und 23 Uhr geöffnet haben. Für den Ausschank von Kava benötigen die Betreiber eine Lizenz, die alle zwei Jahre erneuert werden muss. Außerdem dürfen in den Nakamals keine alkoholhaltigen Getränke mehr ausgeschenkt werden. Auch das Rauchen von Cannabis bleibt verboten. Jugendlichen ist der Zutritt zu den Nakamals verwehrt. Zuwiderhandlungen können mit einer Strafe in Höhe von bis zu 4.700,- US-Dollar geahndet werden. (*Radio NZ. Intern. 23.05.12, <http://www.bulakafe.com/general-info/whatis-a-kava-bar.html>*)

### Mehr Kreuzfahrt-Touristen

Der neukaledonische Tourismusmanager Simon Duffy freut sich über die Zunahme von Kreuzfahrt-Touristen. In den letzten Jahren sei die Anzahl der Kreuzfahrtbesucher rasant gestiegen. Derzeit besuchen rund eine halbe Million Kreuzfahrer jährlich Neukaledonien. Bis 2020 will Duffy eine Million Touristen nach Nouméa bringen. Das sei ein realistisches Ziel durch die geographische Nähe zu den beliebten Kreuzfahrtzielen Neuseeland und Australien, so der Touristiker. Auf ihrem Weg zu den

„klassischen“ pazifischen Kreuzfahrtdestinationen wie den Cookinseln und Tahiti kämen die Schiffsreisenden aus Neuseeland und Australien quasi an Neukaledonien „vorbei“, erklärte Duffy die Zunahme der Besucherzahlen. Zwar blieben die Kreuzfahrtreisenden durchschnittlich nur einige Stunden oder wenige Tage im Land, doch seien viele so begeistert von der Ursprünglichkeit der Insel, dass sie später dort einen längeren Urlaub verbrächten, so Duffy's Beobachtung. Nouméa habe bereits „aufgerüstet“ und eine neue Werft sowie ein neues Hafenterminal für die großen Kreuzfahrtschiffe gebaut.

Ganz Melanesien mit den Staaten Neukaledonien, Vanuatu und Fidschi verzeichnet eine Steigerung des Kreuzfahrtaufkommens in den letzten fünf Jahren um 17 %. Die überregionale pazifische Tourismusorganisation „South Pacific Tourism Organization“ rechnet im nächsten Jahr mit 1,3 Millionen Kreuzfahrern im gesamten Pazifik. (*Radio NZ. Intern. 24.04.12, „Shipping: Bigger ships, bigger risks- Is the Pacific prepared“, in Islands Business online*)

## MIKRONESIEN

### Senat diskutiert Wochenarbeitszeit

**Palau:** In der Diskussion um die Erhöhung des Mindestlohnes haben zwei Senatoren den Vorschlag unterbreitet, stattdessen die Arbeitszeit der Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes auf vier Werktage zu verkürzen. Vorausgegangen war die im Senat gefällte Resolution 8-238, die den Staatsangestellten wegen der hohen Inflation einen zu geringen Lohn bescheinigt. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten kämen die Beamten mehr schlecht als recht über die Runden, hieß es aus dem Senat.

Senator Camsek Chin und Senator Paul Ueki schlugen nun die Verkürzung der Arbeitswoche auf vier Tage vor. Die Beamten sollten von Montag bis Donnerstag oder von Dienstag bis Freitag von 7:30 bis 11:30 und von 12:30 Uhr bis 16.30 Uhr arbeiten. Den freien Tag könnten die Angestellten sinnvoll in ihre traditionellen Verpflichtungen in der Familie und im Klan investieren. Eine Vier-Tage-Woche erhöhe die Leistungsbereitschaft und die Motivation, so dass man nicht davon ausgehen könne, dass im Endeffekt weniger gearbeitet würde als bei einer regulären Arbeitswoche. Die vierzehntägliche Auszahlung des Lohnes solle aber beibehalten werden, so die Senatoren. (*Palau Island Times 17.04.12*)

### Neue Fluggesellschaft

**Palau:** Mitte April hat die neue palauische Fluggesellschaft „Palau Airways“ die Aufnahme des Flugbetriebes mit einem Jungfernflug von Koror (Palau) nach Taipei (Taiwan) gefeiert. Unter dem Slogan „The Rainbow Bridge between Palau and Asia“ fliegt die Gesellschaft mit zwei Boeings 757 à 206 Passagierplätzen zunächst dreimal wöchentlich nach Taipei. Geplant ist die Ausweitung des Streckennetzes nach Japan, Korea und in die Philippinen. Nach Angaben der „Palau Visitors Authority“ kommen die meisten Touristen aus diesen Ländern. Der Geschäftsführer von „Palau Airways“, Teo Yong-Hwee, verspricht sich durch die neue Fluggesellschaft nicht nur einen Tourismusboom, sondern auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, denn „Palau Airways“ hat seinen Geschäftssitz in Koror. (*Palau Islands Times, 21.03.12, <http://palauairways.com/>*)

### Atoll Namdrik von UN ausgezeichnet

**Marshallinseln:** Die so genannte „Äquator Initiative“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Program, UNDP) hat das Atoll Namdrik als einen von nur 25 Orten weltweit ausgezeichnet, die sich in den Bereichen Ernährungssicherheit, Selbstversorgung und Anpassung an Klimawandelfolgen vorbildlich verhalten. In ganz Asien und dem Pazifik wurden nur sieben Orte mit dem prestigeträchtigen „Äquatorpreis“ geehrt, darunter auf Fidschi die „Sisi Initiative Site Support Group“ und auf den Salomonen die „Tetepare Descendants Association“.

Das „Namdrik Atoll Local Resources Committee“ hatte sich bei den Vereinten Nationen um den mit 5.000,- US-Dollar dotierten Preis beworben. Aus den 800 Bewerbungen aus 133 Staaten wurden 25 Projekte ausgewählt. Jeweils ein Vertreter der 25 Siegerprojekte wird nun auf Einladung der Vereinten Nationen an der „Conference on Sustainable Development“ teilnehmen, die im Juni des Jahres in Brasilien stattfindet.

Namdrik zeichnet sich durch besondere Projekte zur Ernährungssicherheit aus. So wurden traditionelle Nahrungspflanzen wie Brotfrucht, Taro und Pandanus wieder eingeführt und werden nun sowohl als Nahrungspflanzen als auch als Schutz vor Bodenerosion angepflanzt. Als Anpassungsmaßnahme an den steigenden Meeresspiegel in Folge des Klimawandels hat die örtliche Atollverwaltung zudem für den Anbau von Mangrovenwäldern als Küstenschutz gesorgt. Als Einkommen schaffende Maßnahme wurde eine Perlenfarm gebaut, aus den Erlösen werden Projekte in den Bereichen Bildung und Gesundheit finanziert. Ihren Projekten haben die Atollbewohner unter Leitung von Bürgermeister Clarence Luther den

Namen „Reimaanlok“ (Way forward) gegeben.

Der für Namdrik zuständige Senator Mattlan Zackhras zeigte sich überwältigt von dem Erfolg des Atolls. Es sei eine große Ehre, diesen UN-Preis zu bekommen, sagte er.

*Info:* Das Namdrik Atoll gehört zur Ralik-Kette im Westen der Marshallinseln. Auf den beiden 1,7 Quadratkilometern kleinen Atollringen leben derzeit etwa 500 Menschen. (*Marshall Islands Journal* 06.04.12, [http://waterwiki.net/index.php/Namdrik\\_Atoll\\_Pearl\\_Farm\\_and\\_Lagoon\\_Management\\_Plan\\_for\\_Community\\_Revitalization,\\_Micronesia](http://waterwiki.net/index.php/Namdrik_Atoll_Pearl_Farm_and_Lagoon_Management_Plan_for_Community_Revitalization,_Micronesia), <http://themicronesiachallenge.blogspot.de/2012/03/meet-mayor-clarence-luther-of-namdrik.html>, <http://www.equatorinitiative.org/>)

## Canvasback Mission entsendet Ärzteteams

**Marshallinseln:** Die amerikanische missionarische Organisation „Canvasback Mission“ hat zum wiederholten Mal ein Team aus Zahnärzten und Orthopäden in die Marshallinseln entsendet. Erstmals kamen dabei Zahnärzte auf die entlegene Insel Enniburr, die zum Kwajalein-Atoll gehört. Dort konnten alle Schulkinder von Zahnärzten behandelt werden. Insgesamt nahmen 683 Menschen an den zahnärztlichen Kontrolluntersuchungen und Behandlungen teil.

Die Orthopäden arbeiteten im Krankenhaus von Ebeye, ebenfalls im Kwajalein-Atoll gelegen. Allein im Krankenhaus von Ebeye fanden 163 Operationen statt, darunter etliche Operationen, bei denen den Patienten neue Knie und neue Hüftgelenke angepasst und eingesetzt wurden. Alle Ärzte und das medizinische Personal arbeiteten unentgeltlich. Die Prothesen waren von amerikanischen Firmen gespendet worden.

Die Ärzte-Mission stand unter Leitung von Jacque Spence, der die „Canvasback Mission“ mitgegründet hatte. Die in Kalifornien

ansässige Organisation leistet seit ihrer Gründung 1981 auf den Marshallinseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien und in Honduras praktische medizinische Hilfe unter dem Motto „Sharing the love of Jesus through healing hands“. Sie trägt das amerikanische Spendensiegel für wohltätige Organisationen „Independent Charities of America“. (*Marshall Islands Journal* 30.03.12, <http://www.canvasback.org/>)

## UN-Mission auf den Inseln

**Marshallinseln:** Ende März hat ein Menschenrechtsbeauftragter der Vereinten Nationen für vier Tage auf einer so genannten „Fact-finding Mission“ die Marshallinseln besucht. „Special Rapporteur“ Calin Georgescu sollte als unabhängiger Experte des Menschenrechtsrates der UN herausfinden, inwiefern die amerikanischen Atomwaffentests auf den Inseln zwischen 1946 und 1958 die Menschenrechte der Bewohner gefährdet haben. Dabei ging es ihm vor allem um die bis heute andauernden Spätfolgen der Testreihe auf die Bevölkerung. Der unabhängige Experte sollte herausfinden, ob und inwiefern die Regierung der Marshallinseln und die US-Regierung ihren Verpflichtungen nachkommen, die negativen Folgen der Tests zu beseitigen, z.B. die Dekontaminierung verstrahlter Böden. Dazu besuchte er vor allem die von den damaligen Umsiedlungsmaßnahmen betroffenen Einwohner der Atolle Utrik, Rongelap, Bikini und Enewetak. Diese Menschen fühlten sich bis heute als „Nomaden“, erklärte Georgescu, die sich ihrer Heimat entwurzelt vorkämen.

Als so genannter „Special Rapporteur“ war Georgescu völlig unabhängig von Politik, Wirtschaft und Regierung und konnte sich ohne Vorbehalte und Einschränkungen ein Bild von der aktuellen Situation verschaffen. Seinen Abschlussbericht muss er im September dieses Jahres beim UN-Menschenrechtsrat vor-

legen. Darin wird er vor allem auf die gesundheitlichen Probleme der Bewohner wie Diabetes und Schilddrüsenkrebs eingehen. Außerdem wird er auf die Problematik der Müllentsorgung hinweisen und auf den katastrophalen Zustand des Bildungswesens, wie er gegenüber europäischen Medien nach seinem Kurzbesuch erklärte.

*Info:* Calin Georgescu ist Direktor des rumänischen „National Centre for Sustainable Development“ in Bukarest. Er war im letzten Jahr zum „Special Rapporteur“ der Vereinten Nationen ernannt worden. Er ist der erste Beauftragte der Vereinten Nationen seit den Atomwaffentests, der die Marshallinseln besucht hat.

(<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=41677>, *Marshall Islands Journal* 30.03.12, <http://oe1.orf.at/artikel/302922>)

## Häuser einzugsbereit

**Marshallinseln:** Die von den USA finanzierten 40 Neubauten auf dem ehemaligen Atomtestgelände Rongelap sind fertiggestellt und können bezogen werden. Das gab der Bürgermeister von Rongelap, James Matayoshi, bekannt. Derzeit sucht das „Rongelap Atoll Local Government“ (RALGov) noch nach Sponsoren für den Bau einer Grundschule. Man werde der Regierung der Marshallinseln raten, dazu Gelder aus dem Assoziierungsvertrag mit den Amerikanern anzuzapfen, erklärte der Bürgermeister. Dies sei aber nicht seine Aufgabe.

Insgesamt gibt es auf der Hauptinsel des Rongelap-Atolls nun 49 Neubauten, in denen bis dato 70 Menschen leben. Matayoshi sagte, zwar seien die Häuser nun bezugsbereit, doch könne man niemanden zur Umsiedlung zwingen.

Nach Angaben der US-Behörden gilt Rongelap als dekontaminiert und frei von Radioaktivität. Ein Team von Wissenschaftlern, die Messungen nach den Kontaminierungsmaßnahmen durchge-

führt hatten, veröffentlichte einen Brief im „Marshall Islands Journal“, in dem sie die Messergebnisse detailliert beschrieben und für Laien verständlich darlegten, warum Rongelap von den US-Behörden als besiedlungsfähig eingestuft wurde. Älteste auf Rongelap beklagten jedoch, dass nur die kontaminierte Erde auf der größten Insel des Atolls abgetragen wurde, die kleineren rund 60 Inseln seien nicht gereinigt worden.

*Info:* Am 1. März 1954 hatten die Amerikaner auf dem westlich von Rongelap gelegenen Bikini-Atoll die bis dato stärkste Atombombe „Bravo“ getestet und dabei wissentlich die Bewohner der Nachbaratolle des radioaktiven Fallouts ausgesetzt, um die Wirkung einer Atombombe auf Menschen beobachten zu können. Die 54 Bewohner von Rongelap wurden zur medizinischen Beobachtung auf das Kwajalein-Atoll evakuiert. Den Überlebenden gestattete man im Februar 1957 die Rückkehr auf das Rongelap-Atoll. Eine erneute Aussiedlung der Insulaner veranlasste 1985 die Umweltschutz-Organisation Greenpeace. Im September 1996 unterzeichnete das US-amerikanische Innenministerium eine 45-Millionen-Dollar-Übereinkunft, die eine Wiederansiedlung ermöglichen sollte. Diese sollte eigentlich bis zum 1. Oktober 2011 abgeschlossen sein. Matayoshi sagte, das RALGov habe alle Anforderungen an eine Wiederbesiedlung befolgt, nun sei es an den Menschen, zu entscheiden, ob sie zurückkehren wollten. Die meisten Rongelapesen leben heute auf Majetto im Kwajalein-Atoll. (*Marianas Variety*, 27.03.12, *Radio NZ Intern*, 25.03.12, „An open letter to the people of Rongelap“ im *Marshall Islands Journal* 02.03.12, *Wikipedia*)

## Pionierstudie auf Nauru

**Nauru:** Nauru ist die erste pazifische Insel, die eine Expertenkommission zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie im Hin-

blick auf die Finanzierung der Bekämpfung von Klimawandelfolgen eingeladen hat. Die Regierung des Kleinstaates hatte dazu Wissenschaftler, Vertreter von Umweltschutzorganisationen und Investoren auf die Insel geholt. Unter Ägide des Sekretariats des „Pacific Islands Forum“ (PIF) soll die Kommission in den nächsten Monaten eruieren, welche Entwicklungshilfegelder Nauru mit welcher Methode am besten anzapfen kann, um Anpassungsmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels durchzuführen. Die Experten sollen den entsprechenden Institutionen innerhalb der Regierung von Nauru dabei erläutern, welche internationalen Finanzierungsinstrumente dem Staat zur Verfügung stehen und wie die Anträge zur Mittelfreigabe formuliert werden müssen. Dabei sollen vor allem die Ziele einer genaueren Prüfung unterzogen werden, die sich Nauru in seiner „National Sustainable Development Strategy 2005-2025“ hinsichtlich des Klimawandels gesetzt hat.

Die Ergebnisse der so genannten „Nauru Studie“ sollen den Vertretern der Mitgliedsländer des PIF bei seiner nächsten Vollversammlung im August dieses Jahres auf den Cookinseln vorgestellt werden. (*Pressemitteilung PIF* 21.05.12)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

#### Neuer Präsident

**Wallis und Futuna:** Vetelino Nau ist neuer Präsident der Territorialversammlung von Wallis und Futuna. Der pensionierte Lehrer aus Alo (Futuna) erhielt elf von 20 Stimmen. Erstmals wurde damit ein Sozialist zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Nau ist

seit 15 Jahren Mitglied in der Territorialversammlung des französischen Überseegebiets. Zum Vizepräsidenten wurde Mikaele Kulumotoke ernannt.

*Info:* Wallis und Futuna ist seit 2003 ein französisches Collectivité d'outre-mer (COM), zuvor war es von 1961 bis 2003 ein französisches Überseeterritorium (Territoire d'outre-mer, TOM). Auf den beiden Inselgruppen mit einer Gesamtlandfläche von 264 Quadratkilometern leben 15.000 Menschen in drei ‚Königreichen‘. ([http://wallisfutuna.la1ere.fr/infos/actualites/assemblee-passe-a-gauche\\_91621.html](http://wallisfutuna.la1ere.fr/infos/actualites/assemblee-passe-a-gauche_91621.html), *Radio NZ Intern*, 05.04.12, <http://www.worldstatesmen.org/>)

## „Fale Fono“ abgerissen

**Samoa:** Zum Entsetzen vieler Samoaner hat das Kabinett Anfang März den Abriss des ersten und ältesten Parlamentsgebäudes, des so genannten „Fale Fono“ im Dorf Mulinu'u, veranlasst.

Hunderte von Besuchern waren noch am Tag des Abrisses zum „Malae o Tiafau“ gekommen, um sich vor dem Fale fotografieren zu lassen oder ihren Erinnerungen nachzuhängen. Außerdem nahmen die Besucher an einer Zeremonie mit Gesängen und Gebeten teil, bei der auch Tränen seitens älterer Matai flossen.

In dem nach traditioneller samoanischer Bauweise erbauten Parlament - einem offenen Gebäude mit einem Rund-Dach, das von Stelzen getragen wurde - waren die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Samoas vor 50 Jahren (1962) geführt worden. Viele Politiker waren zum Abriss gekommen, um der damaligen Verhandlungen ihrer Vorfahren zu gedenken. In Interviews mit der lokalen Tageszeitung „Samoa Observer“ beklagten die Besucher vor allem die Missachtung der Regierung für die Vergangenheit Samoas und den Kampf für die politische Unabhängigkeit der Insel. Das Fale Fono repräsentiere einen wichtigen Ab-

schnitt in der Geschichte Samoas und dürfe nicht einfach abgerissen werden, so die Meinung der Besucher in den Tagen vor dem Abriss.

Das „Fale Fono“ war 1916 von Samoanern gebaut worden, die Möbel für die Inneneinrichtung spendierte Neuseeland. Seit dem Bau des neuen, modernen Parlaments in Apia war das Fale Fono nicht mehr offiziell genutzt worden. (*Apia Financial Review* 08.03.12, *Samoa Observer* 13.03.12, *Radio NZ. Intern.* 13.03.12)

## Matai erst ab 25 Jahren

**Samoa:** Mitte März hat das samoanische Parlament den „Land and Titles Amendment Act 2012“ verabschiedet, der zukünftig nur Personen über 25 Jahren die Annahme eines Matai-Titels erlaubt. In Ausnahmefällen und nach einer Überprüfung der entsprechenden Person können auch Personen ab 21 Jahren Matai werden. Der Zusatz zum „Land and Titles Act“ beinhaltet nun auch die Möglichkeit, Personen ihren Matai-Titel abzuerkennen, wenn sie nicht den hohen Anforderungen an das Amt entsprechen. Ein samoanisches Sprichwort beschreibt dies so: „*Das Dienen ist der Weg zum Herrschen.*“

Bis dato wurden die Matai-Titel überwiegend innerhalb einer Großfamilie vererbt, mit dem Gesetzeszusatz haben die Familienangehörigen nun ein gewisses Mitspracherecht, was die Titelvergabe angeht und können beim Katasteramt die Aberkennung des Titels beantragen. (*Samoa Observer* 13.03.12)

## Weltbank weitet Engagement aus

**Samoa:** Die Weltbank will sich zukünftig noch stärker in Samoa engagieren und den Staat in den nächsten fünf Jahren mit 100 Millionen US-Dollar unterstützen.

Das gab Pamela Cox bei ihrem Antrittsbesuch im Pazifik bekannt. Cox ist die neue Vizepräsidentin für die Region Ostasien und Pazifik bei der Weltbank. Sie war Mitte März zu Gesprächen mit dem samoanischen Premierminister Tuilaepa Aiono Sialele Malielegaoi nach Apia gereist. Diskutiert wurde vor allem die neue Strategie zur Förderung des Staates, die so genannte „World Bank Country Strategy for Samoa“.

Cox erklärte, die Weltbank wolle privates Investment fördern und Bauern bei der Verbesserung von Saatgut helfen. Es müssten auch neue Absatzmärkte für bäuerliche Produkte geschaffen werden, sagte Cox. Die Weltbank-Vertreterin war im Rahmen ihres Besuches auch zu den Ortschaften an der Südküste gereist, die bei dem Tsunami im Jahr 2009 zerstört worden waren. Mit Hilfe von Weltbank-Geldern waren verschiedene Wiederaufbauprojekte finanziert worden, u. a. der Bau von Deichen, die Instandsetzung von Straßen von der Küste ins Landesinnere und der Wiederaufbau von Schulen. (*Talamua* 23.03.12, <http://www.doingbusiness.org/data/exploreeconomies/samoa/>)

## Krankenhaus eingeweiht

**Tonga:** Das nach eigenen Angaben modernste Krankenhaus im Pazifik ist Anfang Mai in einem Vorort der tongaischen Hauptstadt Nuku'alofa von König Tupou VI eingeweiht worden. Das „Vaio-la Krankenhaus“ entstand dabei auf dem Gelände des bereits seit 1971 vorhandenen Krankenhauses, dessen Kernsubstanz größtenteils bewahrt blieb. Die Bauarbeiten dauerten knapp drei Jahre und wurden unter Leitung von japanischen Baufirmen ausgeführt.

Japan hat den Um- und Neubau des Krankenhauses mit 23,1 Millionen US-Dollar im Rahmen seiner Entwicklungshilfestrategie für das Königreich finanziert. Das Renovierungsprojekt „Vaio-la Re-development Project“ begann be-

reits 2004 und war in drei Bauabschnitte unterteilt, wovon der letzte nun abgeschlossen wurde.

Der japanische Botschafter für Tonga, Yasua Takase, erklärte, die Verbesserung der Gesundheitssituation bleibe oberste Priorität der japanischen Entwicklungshilfe im Pazifik. Die Einweihung des Medizinizentrums sei der bisherige Höhepunkt seiner diplomatischen Tätigkeit auf Tonga, betonte Takase. Bei seiner Rede bezog sich der Botschafter humorvoll auf die knapp dreijährige Bauzeit. Die Bauarbeiten seien termingerecht abgeschlossen worden und nicht wie sonst üblich in „pazifischer Zeit“. Zu Hochzeiten arbeiteten täglich 230 tongaische Bauarbeiter auf der Großbaustelle, deren Einsatz Takase besonders lobte.

Zu dem Krankenhaus gehören nun ein Bettenhaus, eine Notfall- und Unfallaufnahme, eine Apotheke, ein zahnmedizinisches Zentrum, eine Leichenhalle, ein Veranstaltungssaal, die Krankenpflegerschule sowie ein Großparkplatz. (*Matangi Tonga Magazine* 04.05.12)

## Tonga nimmt nicht an Festival teil

**Tonga:** Zum ersten Mal seit 40 Jahren verzichtet Tonga auf die Teilnahme am „Festival of Pacific Arts“ auf den Salomonen. Das Bildungsministerium gab diese Entscheidung Anfang Mai bekannt und begründete den Verzicht mit dem Respekt vor der allgemeinen Trauer um den Mitte März verstorbenen König George Tupou V. Zwar habe Tonga nur 14 Tage offizielle Staatstrauer getragen, doch sei die Trauer um den Verlust des beliebten Königs in der Bevölkerung noch stark spürbar. Man werde die für das diesjährige Festival zur Verfügung stehenden Gelder für das nächste Kunst- und Kulturfestival im Jahr 2016 auf der Insel Guam aufsparen, hieß es im „Radio Tonga“.

*Info:* Das elfte "Festival of Pacific Arts" findet vom 1. bis zum 14. Juli in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, statt. Es hat das Motto „Culture in Harmony with Nature“. Das Festival findet seit 1972 alle vier Jahre in einem anderen pazifischen Land statt, zuletzt 2008 in Amerikanisch-Samoa. In Honiara werden 2.500 Vertreter der Kunst-, Kultur-, Sport- und Literaturszene aus 27 pazifischen Ländern und Territorien erwartet, dazu eine Vielzahl internationaler Gäste.

(<http://www.festivalofpacificarts.com/>, *Radio NZ Intern.* 09.05.12)

### Niue unterzeichnet Kernwaffenteststopp- Vertrag

**Niue:** Die polynesische Insel Niue hat Anfang April den Kernwaffenteststoppvertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Auf der mit einem Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbundenen Insel Niue leben derzeit knapp 1.300 Menschen.

*Info:* Der Kernwaffenteststoppvertrag verbietet die Durchführung jeder Art von Kernwaffenexplosionen, ob für zivile oder für militärische Zwecke. Auch die Beihilfe dazu ist verboten. Der Kernwaffenteststoppvertrag wurde von der UN-Abrüstungskonferenz ausgearbeitet und am 10. September 1996 mit 158 von 173 Stimmen von der UN-Generalversammlung angenommen. Seitdem liegt er der internationalen Staatengemeinschaft zur Unterzeichnung und Ratifizierung vor.

Um die Einhaltung des Vertrags sicherzustellen, beinhaltet er die Gründung der Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization, CTBTO). Sie ist damit beauftragt, ein Überwachungssystem aufzubauen, das Kern-

waffenexplosionen weltweit registrieren kann. Dieses Überwachungssystem besteht aus einem Netz von weltweit verteilten Messstationen zur Überwachung von Erdschütterungen, Radionukliden, Wasserschall und Infraschall, die ihre Messungen dem internationalen Datenzentrum in Wien übermitteln. Darüber hinaus sind angemeldete Vor-Ort-Inspektionen vorgesehen. Die der Insel Niue nächstgelegenen Messstationen befinden sich in Samoa, auf den Cookinseln und auf Fidschi.

Der Vertrag tritt in Kraft, 180 Tage nachdem die in *Annex 2* namentlich angeführten Staaten den Vertrag ratifiziert haben. Diese 44 Staaten sind die, welche laut Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) 1995 über Kerntechnologie verfügen.

Bisher (Stand: April 2012) haben 183 Staaten den Vertrag unterschrieben und 157 ratifiziert. Von den 44 Kerntechnik-Staaten haben 41 unterschrieben und 36 ratifiziert. Damit der Vertrag in Kraft tritt, müssen ihn die folgenden Staaten noch ratifizieren: Ägypten, die Volksrepublik China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und die USA (Ratifizierung am 13. Oktober 1999 vom Senat abgelehnt). Von den 16 Mitgliedsstaaten des „Pacific Islands Forum“ haben nur Tonga und Tuvalu den Vertrag weder unterschrieben noch ratifiziert. Papua-Neuguinea und die Salomonen haben zwar unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. (*Pressemitteilung CTBTO 09.04.12, Wikipedia*)

### Keine Limos mehr an Schulen

**Cookinseln:** Pa Marie Ariki, „Paramount chief“ von Takitumu, hat eine Eingabe im Parlament der Cookinseln gemacht, nach der alle kohlesäurehaltigen süßen Limonaden an Schulen verboten werden sollen. Es bestünde dringender Handlungsbedarf bei der

Bekämpfung von Diabetes, erklärte Ariki. Von den rund 11.000 Einwohnern der Cookinseln sind über 4.000 Menschen chronisch an Diabetes und Bluthochdruck erkrankt. Eine wichtige vorbeugende Maßnahme sei der Verzicht auf stark zuckerhaltige Getränke. Stattdessen sollten die Schulkinder lieber die weitaus gesündere, da nährstoffhaltige, Kokosnussmilch trinken. Kokosnüsse und ihre Milch seien ein regionales Nahrungsmittel. Sie seien daher auch günstiger als die importierten Süßgetränke.

Die engagierte Klanchefin will nun auf eigene Kosten eine Klinik in ihrem Palast „Mata Enuā“ einrichten, wo Menschen kostenlos einen Diabetescheck machen können und sich über gesunde Ernährung informieren können.

(*Radio NZ Intern.* 27.03.12, <http://www.spasifikmag.com/communityhealth/29marcookislands/>, <http://www.ciherald.co.ck/articles/h595g.htm>)

### † Geoffrey Henry

**Cookinseln:** Der Sprecher des Parlaments, Sir Geoffrey Henry, ist am 9. Mai im Kreise seiner Familie in seinem Haus im Dorf Takuvaine auf der Insel Rarotonga verstorben. Der Veteranenpolitiker erlag im Alter von 71 Jahren einer Krebserkrankung.

Sir Henry wurde 1940 auf Aitutaki in eine Familie mit 16 Kindern geboren. Seit 1965 war er mit Lady Louisa Hoff verheiratet, das Paar hat sechs Kinder. 1965 kandidierte Henry erstmals erfolgreich als unabhängiger Kandidat der Insel Aitutaki für das Territorialparlament der Cookinseln, die „Cook Islands Legislative Assembly“. Von 1979 bis zu seiner Pensionierung 2006 war der studierte Jurist Vorsitzender der „Cook Islands Party“. Nach einem kurzen Zwischenspiel 1983 als Premierminister wurde er erneut 1989 zum Premier gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1999 inne.

Für sein politisches Engagement wurde Henry 1992 von der briti-

schen Königin Elisabeth II. zum „Knight Commander of the British Empire“ ernannt. Am 18. Februar 2011 war er zum Sprecher des Parlaments gewählt worden. Bereits zu Lebzeiten war das große Kongress- und Veranstaltungsgebäude der Cookinseln in der Hauptstadt Avarua nach ihm benannt worden, das „Sir Geoffrey Henry National Cultural Centre“. (Radio NZ Intern. 09.05.12, <http://www.stuff.co.nz/world/south-pacific/6894188/Former-Cook-Islands-PM-dies>, Wikipedia)

## Präsident für Klima-Engagement ausgezeichnet

**Kiribati:** Der Präsident von Kiribati, Anote Tong, erhielt am 1. Juni im amerikanischen San Francisco gemeinsam mit sieben weiteren Personen den „Peter Benchley Ocean Award for Excellence in National Stewardship“. Mit dem Preis werden seit einigen Jahren Personen geehrt, die sich in besonderer Weise um den Schutz von Meeren, Meeresbewohnern und Küsten verdient gemacht haben. Der kürzlich für eine dritte Amtszeit wiedergewählte Tong erhält die von dem amerikanischen Marine-Life-Künstler Wyland gestaltete Skulptur für sein Engagement gegen den Klimawandel auf internationaler Ebene. Tong war federführend beteiligt an der Einrichtung des weltweit größten Meeresschutzgebietes „Phoenix Islands Protected Area“, das kürzlich zum Weltkulturerbe der UNESCO gekürt wurde. Im März des Jahres machte Tong Schlagzeilen, als er mitteilte, die Regierung Kiribatis habe bereits Land in Fidschi gekauft, das groß genug für die Aufnahme aller I-Kiribatis ist, wären diese durch die Klimawandelfolgen zur Migration gezwungen. Durch seine Auftritte vor den Vereinten Nationen und seine Reden bei den Klimaverhandlungen hat sich Tong weltweit einen guten Ruf als engagierter Kämpfer für den Klimaschutz erworben.

**Info:** Der „Peter Benchley Ocean Award“ wurde 2004 von Peter Benchley und seiner Frau Wendy ins Leben gerufen. Benchley (1940 – 2006) entstammte einer New Yorker Schriftstellerfamilie. Ende der 1950er Jahre studierte er in Harvard, graduierte 1961 und war als Journalist für die „Washington Post“ und für „Newsweek“ tätig. Später arbeitete er unter anderem als Redenschreiber für den US-Präsidenten Lyndon B. Johnson. 1974 hatte er seinen größten Erfolg mit seinem Werk „Der weiße Hai“ (engl. *Jaws*), das ein weltweiter Bestseller wurde und sich über 20 Millionen Mal verkaufte. Benchley verarbeitete in diesem Buch Vorfälle, die sich während der Haiangriffe an der Küste von New Jersey (1916) ereignet hatten. Das Buch wurde 1975 von Steven Spielberg verfilmt, Benchley spielte in dem Film eine kleine Nebenrolle. Durch den Film und seinen Roman schürte er die Angst der Menschen vor Haien, was er sein Leben lang bereute. Deshalb versuchte Benchley bis zu seinem Tod, die Menschen über Haie aufzuklären.

Der von ihm ins Leben gerufene Preis wird in den Kategorien National Stewardship of the Ocean, Exploration, Science, Policy, Media, Christopher Benchley Youth Award und Hero of the Seas seit 2004 bzw. jährlich seit 2009 verliehen. In der Kategorie „Exploration“ wurde in diesem Jahr „GOOGLE Earth“ geehrt für die kostenlose Bereitstellung von Fotos und Daten über die Ozeane der Erde im Internet. (Pressemittlung Blue Frontier 23.03.12, <http://www.bluefront.org/wordpress/?p=2528>, Wikipedia)

## Tong kauft Land auf Vanua Levu

**Kiribati:** Das Kabinett von Kiribati hat dem Plan des Präsidenten Anote Tong zugestimmt, Land auf der Insel Vanua Levu (Fidschi) anzukaufen. Das knapp 23 Quadratkilometer große Grundstück „Natoavatu Estate“ war die größte

zum Kauf ausgeschriebene Fläche auf der fidschianischen Insel. Das Grundstück gehört einem Privatmann und sollte 9,6 Millionen US-Dollar kosten. Es handelt sich um fruchtbares Ackerland mit einer großen Farm. Die Fläche ist groß genug, um die rund 103.000 Einwohner von Kiribati im Fall eines durch den Klimawandel erzwungenen Umzugs ernähren zu können. Nach eigenen Angaben betrachtet Tong den Erwerb des Grundstücks jedoch zunächst als „Investition“, vor allem im Hinblick auf die Ernährungssicherheit. Ein Umzug dorthin sei die allerletzte Lösung, sollten die niedrig gelegenen Inseln des Atollstaates wirklich unbewohnbar werden oder gar buchstäblich im Meer versinken. Noch könne gar keine Rede davon sein, die Menschen umzusiedeln, erklärte der Präsident.

Mit dem Kauf wollte Anote Tong auch ein Signal an die Weltöffentlichkeit senden, erklärte er gegenüber den Medien. Die Welt müsse endlich erkennen, dass der Klimawandel real existiere und dass Länder wie Kiribati bereits ernsthaft von den Folgen des Klimawandels betroffen seien.

Die Regierung von Fidschi bestätigte den Kauf, erklärte aber, man habe seinerseits auch die Anrainerstaaten Neuseeland und Australien angefragt, inwiefern diese Klimaflüchtlinge aufzunehmen bereit wären. (ORF News 12.03.12, Radio NZ Intern. 12.03.12, 13.03.12, Radio Australia 16.04.12)

## Visumsfreie Reisen

**Tuvalu:** Der polynesischen Inselstaat Tuvalu und die georgische Republik Abchasien haben Mitte März ein Abkommen getroffen, das den Bürgern beider Staaten die visumsfreie Einreise in den jeweils anderen Staat ermöglicht. Der tuvaluische Premierminister Willie Telavi und sei abchasischer Amtskollege Leonid Lakerbaya unterschrieben das entsprechende Dokument in Sukhumi, der

Hauptstadt Abchasiens.

Der in Fidschi ansässige Botschafter für Abchasien, Juris Gulbis, begrüßte das Abkommen. Er gehe davon aus, dass in den nächsten beiden Jahren einige Einwohner Tuvalus nach Abchasien reisen würden.

Die pazifischen Staaten Tuvalu, Nauru, Vanuatu und (demnächst) Fidschi haben die staatliche Souveränität der Republik Abchasien anerkannt. (*Radio Australia 12.03.12*)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

### Sarkozy führt in Frz.- Polynesien - Politisches Comeback für Gaston Flosse deutet sich an

**Frz.-Polynesien:** Bei den französischen Präsidentschaftswahlen am 21. April und 5. Mai stimmte die Mehrheit der Wähler Französisch-Polynesien entgegen dem französischen Trend in beiden Wahlgängen mehrheitlich für Nicolas Sarkozy.

Im Ersten Wahlgang erhielt Sarkozy (Neo-Gaullistische Partei „Union pour un Mouvement Populaire“, UMP) in Französisch-Polynesien 45,21 % der Stimmen (27,18 % in Frankreich) und François Hollande (Sozialistische Partei) 32,43 % (28,63 % in Frankreich). Marine Le Pen von der rechtsradikalen Front National, die in Frankreich mit 17,90 % große Erfolge erzielte, lag mit 5,73 % in Französisch-Polynesien dagegen weit hinter den beiden Spitzenreitern. Vierter mit 5,72 % im Land wurde François Bayrou von der liberalen Partei „Mouvement Démocrate“ (9,13 % in Frankreich), während der in Frankreich mit 11,10 % recht starke Kandidat Jean-Luc Mélenchon von der „Front de Gauche“ (Linksfront) im Lande nur auf abgeschlagene 2,77 % kam. Philippe Poutou von der

linksradikalen „Nouveau Parti Anticapitaliste“ (Neue antikapitalistische Partei), der sich als einziger Kandidat klar für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens ausgesprochen hatte, erreichte dagegen in Französisch-Polynesien nur 0,59 % (1,15 % in Frankreich). Die Wahlbeteiligung lag im Lande bei 49,35 % (79,48 % in Frankreich).

In der Stichwahl stimmten 53,26 % der lokalen Wähler für Sarkozy (48,36 % in Frankreich) und 46,74 % für Hollande (51,64 % in Frankreich). Im Vergleich zur letzten Präsidentschaftswahl von 2007 legte Sarkozy sogar noch zu, denn damals erhielt er im Lande 51,90 %, gegen 48,10 % für Ségolène Royal.

Der gesamtfranzösische Wahlsieger Hollande führte dagegen nur auf den Marquesas-Inseln, einigen der Tuamotu- und Austral-Inseln, der Insel Tahaa im Archipel Raro Matai (Inseln unter dem Wind), sowie in den Gemeinden Faaa, Moorea und West-Taiarapu im Archipel Nia Matai (Inseln über dem Wind). Die Wahlbeteiligung war mit 58,94 % zwar nach wie vor deutlich niedriger als in Frankreich (80, 35%), doch für lokale Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung von Stimmen erklärte der französische Verfassungsrat die in der Gemeinde Papeete abgegebenen Stimmen im Nachhinein für ungültig, doch dies hat wegen der geringen Gesamtzahl keine Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahl.

Im Vorfeld der Wahlen hatten sich die lokalen Parteien Französisch-Polynesiens folgendermaßen positioniert: Eine breite Zahl ansonsten untereinander verfeindeter pro-französischer Parteien, unter anderem Gaston Flosses „Tahoeraa Huiraatira“ und Tong Sangs „To Tatou Aia“ erklärten Sarkozy ihre Unterstützung, was dessen gutes Abschneiden erklärt. Das antikoniale Parteienbündnis „Union Pour La Démoc-

ratie“ (UPLD) von Landespräsident Temaru, dessen Partei in einem Wahlbündnis mit der französischen Sozialistischen Partei ist, unterstützte Hollande, weshalb dieser in allen von der UPLD geführten Gemeinden gewann, während François Bayrou von der kleineren zentristischen Lokalpartei „No Oe E Te Nunaa“ von Nicole Bouteau unterstützt wurde.

Die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahl geben somit recht gut die Stärke der Lokalparteien wieder, und das vergleichsweise schlechte Abschneiden der in Frankreich starken Le Pen sowie des sich spezifisch für ein Lokalthema engagierenden Poutou lässt sich durch die fehlende Unterstützung der beiden letzteren durch eine Lokalpartei erklären.

Besonders interessant ist der lokale Wahlkampf für Sarkozy, da sich hier ungewöhnlicherweise mehrere verfeindete Lokalparteien bereits in der ersten Runde hinter den gleichen französischen Kandidaten gestellt hatten. Gaston Flosse, dessen Partei Tahoeraa Huiraatira bei den letzten Territorialwahlen 2008 extreme Einbrüche erlitten hatte und außerdem ihre Rolle als offizieller Partner der UMP an Tong Sangs To Tatou Aia abtreten musste, stellte sich bewusst hinter Sarkozy, um dessen Stimmen dann für sich verbuchen zu können. Diese Strategie scheint größtenteils aufgegangen zu sein. Als am 12. April Sarkozys Finanz- und Wirtschaftsminister François Baroin das Land für eine Wahlkampftour besuchte, empfingen ihn die Anführer der Sarkozy unterstützten Parteien, doch Flosse war zunächst nicht da. Nachdem Tong Sang und die Anführer anderer pro-französischer Splitterparteien eine Weile gewartet hatten, füllte Flosse dann plötzlich mit einer Abordnung von etwa 5.000 seiner Parteimitglieder, alle in der Parteifarbe Orange uniformiert, den Saal, in dem Baroins Kundgebung stattfinden sollte, und machte damit einen überwältigenden Eindruck. Da Tong Sang

und die anderen Splitterparteführer kaum Organisationstalent haben und viele Wähler von der gegenwärtigen Regierung unter Temaru enttäuscht sind, könnte wohl mit einem politischen Comeback von Flosse bei den nächsten Territorialwahlen im Frühjahr 2013 gerechnet werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Papeete und Paris in den nächsten Monaten neu positioniert, da nun mit Hollande ein offiziell mit Temaru im Bündnis stehender Politiker in Frankreich an der Macht ist. Hollande hat es bislang vermieden, explizite Stellungnahmen gegen oder für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens zu machen, doch es wird sich bald zeigen, wie er auf Temarus politische Forderungen an Paris reagieren wird. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Radio New Zealand International; Tahiti-Pacifique; Tahiti Infos)*

## **Bewegung der Blockfreien Staaten unterstützt Entkolonisierung**

**Frz.-Polynesien:** Die Initiative des Präsidenten der Landesregierung Französisch-Polynesiens Oscar Temaru, die Wiedereinschreibung des Landes auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien der UN zu erreichen, hat einen wichtigen Teilerfolg erzielt. Frankreich hatte 1947 das Land zusammen mit Neukaledonien willkürlich von der Liste gestrichen, aber Neukaledonien war 1987 auf Beschluss der UN-Vollversammlung wiedereingeschrieben worden.

Die Landesversammlung Französisch-Polynesiens hatte im Sommer letzten Jahres eine Resolution zur Wiedereinschreibung beschlossen. Während das Pacific Island Forum letztes Jahr eine klare Unterstützung der Wiedereinschreibung des Landes abgelehnt hatte, hatten sich in der UN-Vollversammlung im September 2011 Vanuatu, die Salomon-Inseln und Samoa für das Anlie-

gen Französisch-Polynesiens eingesetzt. Am 18. April 2012 erhielt Temaru dann einen weiteren Korb, als der australische Staatssekretär für Pazifikfragen Richard Marles eine australische Unterstützung für Temarus Vorhaben explizit ablehnte.

Auf der Tagung der Außenminister der Bewegung der Blockfreien Staaten am 9. Mai im ägyptischen Scharm El-Scheich setzten allerdings Papua-Neuguinea und Fidschi das Thema Französisch-Polynesien auf die Tagesordnung, und die Außenminister aller 120 Mitgliedsstaaten der Organisation stimmten einer Resolution zu, die Wiedereinschreibung des Landes offiziell zu unterstützen. Da die Bewegung der Blockfreien Staaten beinahe zwei Drittel der UNO-Mitgliedsstaaten umfasst, ist dies ein wichtiger Schritt und könnte möglicherweise zu einer entsprechenden UN-Resolution in der nächsten Plenarsitzung der UN-Vollversammlung im Herbst dieses Jahres führen.

Während Temaru und seine Anhänger erfreut auf diese Nachricht reagierten, führte sie zu Empörung unter den profranzösischen Lokalpolitikern. Gaston Flosse und Gaston Tong Sang verfassten beide Presseerklärungen, in denen sie sich über eine „Einmischung in die Inneren Angelegenheiten Frankreichs“ beschwerten. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: ABC Radio Australia; Radio New Zealand International; Tahiti Infos)*

## **Rapa Iti will sozial-ökologische Wende einleiten**

**Frz.-Polynesien:** In Französisch-Polynesien soll eine Modellregion entstehen, die in allen Lebensbereichen nachhaltige Alternativen nutzt. Wie im Roman "Das Tahiti-Projekt" von Dirk C. Fleck ist auch in der Realität das sozial-ökologische Konzept Equilibrismus die Grundlage. In einem offiziellen Schreiben an den Equilibrismus e.V. hat sich Bürger-

meister Tuanainai Narii für eine vollständige ökologische Wende ausgesprochen und Vertreter des gemeinnützigen Vereins eingeladen, die Realisierung des als "Projekt Zukunft" ausgezeichneten Konzepts vorzubereiten. Ebenso haben der Rat der Weisen und die Hüter der Erde als höchste traditionelle Entscheidungsgremien der 1.400 Kilometer südlich von Tahiti gelegenen Insel Rapa Iti zugestimmt.

*„In den nächsten Wochen wollen wir einen Umweltexperten entsenden, der die Arbeit unserer polynesischen Botschafterin Roti Make vor Ort unterstützt“*, erläutert Eric Bihl, Gründer und erster Vorsitzender des Equilibrismus e.V.

*„Außerdem sollen alle Einwohner der Insel zu dem gemeinsamen Vorhaben befragt werden - auch diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen ausgewandert sind. Ebenso wie die ständigen Bewohner sollten sie ein Mitspracherecht haben, was in ihrer Heimat geschieht.“* Direkte Demokratie ist laut Bihl Teil des Equilibrismus-Konzepts und soll daher von Beginn an eine tragende Rolle spielen.

Als Standort für ein Modellprojekt ist auch der unabhängige Inselstaat Niue im Gespräch, der etwa 2.400 Kilometer nordöstlich von Neuseeland liegt. Erste Kontakte mit Premierminister Toke Talagi und Staatssekretär Richard Hipa sind geknüpft. Ende Februar hat ein Vertreter des Equilibrismus e.V. vor Ort die Möglichkeiten ausgelotet. Auch ein extraterritoriales Gebiet auf Island ist eine Option, ebenso kommen private Inseln für Modellprojekte in Betracht.

Die Grundlage für die Realisierung nachhaltigen Lebens haben Eric Bihl und Volker Freystedt mit ihrem Sachbuch "Equilibrismus - Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht" geschaffen.

Durch Dirk C. Flecks preisgekrönten Roman "Das Tahiti-Projekt"

und dessen Fortsetzung "MAEVA!" erlangte ein breites Publikum Zugang zur Vision. Das Besondere: In beiden Romanen werden Alternativen vorgestellt, die bereits jetzt vorhanden sind. In der Fiktion ist Tahiti, die Hauptinsel Französisch-Polynesiens, die vollständige ökologische Wende in Form eines praktizierten Equilibriums gelungen. „*Es ist an der Zeit, neue Wege zu beschreiten und zu zeigen, wie eine moderne Gesellschaft im Einklang mit der Natur leben kann*“, sagte Bihl. In der Realität soll daher mit einem Modellprojekt als ökologisches Schaufenster der nächste Schritt folgen.

(Pressemitteilung *Equilibrius* e.V., 15.03.12)

### Verfassungsänderung zur Einwanderungsbeschränkung in verwässerter Form beschlossen

**Rapa Nui:** Ende Januar wurde die chilenische Verfassung geändert, um eine Beschränkung der Einwanderung chilenischer Staatsbürger auf Rapa Nui rechtlich möglich zu machen.

Nachdem es im Sommer 2009 zu lautstarken Protesten gegen die uneingeschränkte Einwanderung von Chilenen auf die kleine und ökologisch fragile Insel gekommen war, hatte die damalige chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet (sozialistische Partei) in Berufung auf das Ergebnis einer lokalen Volksabstimmung auf der Insel sowie die Präzedenzfälle der ecuadorianischen Galápagos-Inseln und der kolumbianischen Inseln San Andrés, Providencia und Santa Catalina (auf die ecuadorianische bzw. kolumbianische Staatsbürger nur mit Sondergenehmigung einwandern dürfen) Ende Oktober 2009 eine verfassungsändernde Gesetzesvorlage in den Kongress eingebracht, nach der die beiden chilenischen Sonderterritorien Osterinsel und Juan Fernández aufgrund ihrer spezifischen geographischen Bedin-

gungen vom in der Verfassung verankerten grundsätzlichen Recht auf freie Bewegung und Wohnortwahl ausgenommen sind.

Die Vorlage war in ihrer Originalform im Juli 2010 vom Senat beschlossen worden, die zweite Kammer des Kongresses (Abgeordnetenhaus) hatte sie aber nach heftigen Debatten Ende November 2011 abgelehnt, nachdem Bachelets konservativer Nachfolger Sebastián Piñera (Partei der Nationalen Erneuerung) im August 2011 seine Gegnerschaft zu der Gesetzesvorlage in ihrer ursprünglichen Form verkündet hatte. Ein Schlichtungsausschuss der beiden Parlamentskammern beschloss schließlich Ende Januar 2012 eine überarbeitete, den Wünschen des Präsidenten entsprechende Fassung der Verfassungsänderung, die am 1. Februar von Piñera unterzeichnet wurde.

Die beschlossene Version ist gegenüber der ursprünglichen Vorlage deutlich verwässert. In Paragraph 126 der chilenischen Verfassung heißt es nur mehr, dass „*das in der Verfassung garantierte Recht der Freien Bewegung und Wohnortwahl in den Sonderterritorien durch spezielle Gesetze geregelt*“ wird, während in Bachelets Vorlage explizit von einer *Beschränkung* dieses Rechts die Rede war.

Nach wie vor ist das in der Verfassung vorgesehene „Sonderterritorium“ allerdings reine Fiktion, denn die Vorlage eines Organgesetzes zur Schaffung des Sonderverwaltungsstatuts für die Insel macht keinerlei Fortschritte im Kongress. Bereits Mitte 2008 von Bachelet ins Abgeordnetenhaus eingebracht, stand die Vorlage des Organgesetzes dort zum letzten Mal im November 2010 auf der Tagesordnung, das heißt, sie ist meilenweit von einem Beschluss im Abgeordnetenhaus, geschweige denn im Senat, entfernt.

Während der im Vergleich zu anderen Ländern unglaublich langwierige Gesetzgebungsprozess also weiter im Stocken liegt, geht die Masseneinwanderung von Chilenen nach Rapa Nui ungebremst weiter, worüber sich immer mehr Einheimische Sorgen machen. Eine Aktivistin meinte, die meisten Chilenen kämen im Zuge des Tourismusbooms als Bauarbeiter auf die Insel, aber wenn das entsprechende Hotel fertig gebaut ist, gingen viele von ihnen nicht zurück nach Chile, sondern blieben auf der Insel und würden kriminell. Hinzu kommt, dass sie automatisch das lokale Wahlrecht bekommen, wodurch die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen oftmals erheblich verzerrt werden.

Insgesamt deutet sich eine immer stärkere lateinamerikanische Überfremdung der polynesischen Insel an. Anstelle wie früher zweimal pro Woche von Santiago de Chile über Rapa Nui nach Tahiti und zurück zu fliegen, änderte die chilenische Fluggesellschaft LAN (die ein Monopol für den internationalen Flughafen der Insel besitzt) jüngst ihre Flugpläne und bietet jetzt täglich Flüge von und nach Santiago, sowie zweimal wöchentlich von und nach Lima (Peru), aber nur noch einmal wöchentlich von und nach Tahiti an. Insbesondere letzteres wird mit großer Sorge betrachtet, denn der Flug nach Tahiti ist die einzige Verkehrsverbindung der Insel mit dem Rest des polynesischen Kulturraums. „*Uns von Tahiti, vom Rest Polynesiens abzuschneiden würde bedeuten, uns unsere Wurzeln zu entziehen*“, so die genannte Aktivistin. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Website des chilenischen Senats [www.senado.cl](http://www.senado.cl); Overseas Territories Review [www.overseasreview.blogspot.com](http://www.overseasreview.blogspot.com))

## Erneute Proteste gegen rechtswidrig verkauftes Luxushotel

**Rapa Nui:** Am 16. April kam es erneut zu Protesten traditioneller Landbesitzer gegen das sich illegal in chilenischem Privatbesitz befindende 5-Sterne-Hotel „Hanga Roa Eco Village & Spa“. Während in dem Hotel eine internationale Konferenz von Esoterikern stattfand, demonstrierten Angehörige der Familie Hitorangi, auf deren Land das Hotel steht, mit Transparenten vor dem Hotel und verteilten Infobroschüren an die Gäste. Als am 24. April Chiles First Lady, Präsidentengattin Cecilia Morel, die Insel besuchte, nutzten die Landbesitzer die Medienaufmerksamkeit für weitere Protestaktionen. Das der Familie Hitorangi gehörende Grundstück war in den 1960er Jahren zum Bau eines staatlichen Hotels enteignet, dann aber in den 80er Jahren von der Militärdiktatur des Generals Pinochet an eine private Hotelkette im Besitz der deutsch-chilenischen Unternehmerfamilie Schiess verkauft worden, obwohl auf der Insel laut chilenischem Recht nur einheimische Rapanui privaten Landbesitz haben dürfen. Anders als andere Willkürhandlungen der Pinochet-Diktatur wurde diese illegale Transaktion bis heute nicht korrigiert.

Während Renovierungsarbeiten hatten Mitglieder der Familie Hitorangi das Hotel vor zwei Jahren besetzt, waren aber Anfang 2011 auf Anordnung der Familie Schiess von chilenischer Sonderpolizei mit brutaler Gewalt von dem Grundstück vertrieben worden, obwohl ein Gerichtsverfahren zur Klärung der Besitzverhältnisse nach wie vor anhängig ist. Die Zwangsräumung zeigte deutlich, wie stark die chilenische Staatsmacht mit privaten Wirtschaftsinteressen verfilzt ist.

Unter massivem Polizeischutz wurde das Hotel im November 2011 neueröffnet, doch die Besitzverhältnisse blieben weiterhin

ungeklärt. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Save Rapa Nui [www.saverapanui.org](http://www.saverapanui.org); Radio BioBio [www.biobiochile.cl](http://www.biobiochile.cl))

## HAWAII

### Abercrombie unterzeichnet Entschädigungspaket für OHA

Am 11. April unterzeichnete der Gouverneur des US-Bundesstaates Hawaii, Neil Abercrombie, ein Gesetz, durch das die Bundesstaatsregierung etwa 25 Acres (zehn Hektar) Land in Honolulu Stadtviertel Kaka'ako im Wert von 200 Millionen Dollar an das Amt für Hawaiiische Angelegenheiten (Office for Hawaiian Affairs, OHA) abtritt.

Die Landübergabe legt einen seit Jahrzehnten schwelenden Rechtsstreit zwischen der Staatsregierung und dem OHA bei. OHA wurde 1978 durch eine Verfassungsänderung als eine dem Staat unterstehende halbautonome Agentur geschaffen, um sich um die Belange der einheimischen Hawaier (etwa 20 % der Bevölkerung) zu kümmern. Finanziert werden sollte die Agentur mit 20 % der Einnahmen, die der Staat aus der Nutzung der öffentlichen Ländereien gewinnt, und zwar nach folgender Logik: Als der Bundesstaat 1959 gegründet wurde, übertrug die US-Bundesregierung ihm die 1898 beschlagnahmten Kron- und Regierungsländereien des Hawaiiischen Königreichs (etwa die Hälfte der Landfläche der hawaiischen Inseln), mit der Auflage, das Einkommen aus der Nutzung dieser Ländereien für fünf gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Da einer dieser fünf in der Staatsverfassung festgeschriebenen Zwecke die Unterstützung einheimischer Hawaier ist, wurde 1978 festgesetzt, dass ein Fünftel der Einnahmen OHA zufließt. Die Staatsregierung hatte sich jedoch seitdem geweigert, die Vereinbarung einzuhalten, weswegen

OHA den Staat verklagt hatte.

Während des letzten Jahres einigten sich schließlich die beiden Parteien darauf, dass der Staat als Entschädigung für alle Ansprüche seit 1978 die Ländereien in Kaka'ako an OHA überschreibt, und OHA damit seine eigene Landbasis hat. OHA plant, auf dem Gelände neben seiner eigenen Verwaltung ein hawaiisches Kulturzentrum zu errichten und den Rest des Landes gewinnbringend zu verpachten.

Die Landübergabe wurde von Abercrombie medienwirksam als großzügige Geste gegenüber den Hawaiianern inszeniert, doch Kritiker warnten vor einer überzogenen Interpretation. In vielen Medienberichten wurde nämlich unterschlagen, dass es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Einigung in einem Rechtsstreit zwischen zwei Organen der Staatsregierung handelt. Die größere Problematik, nämlich die illegale Beschlagnahmung des hawaiischen Kron- und Regierungslandes durch die US-Regierung ist davon gänzlich unberührt und bleibt weiterhin ungelöst. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Honolulu Star-Advertiser, Ka Wai Ola)

### Eklat im UN-Forum für indigene Angelegenheiten

Während der diesjährigen Sitzung des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten (UN Permanent Forum on Indigenous Issues) in New York kam es zu einem Eklat, weil sich unter den Vertretern Hawaiis ein umstrittener Abgesandter einer sich als „Aupuni Hawai'i“ (hawaiisches Königreich) bezeichnenden Aktivistengruppe von der großen Insel Hawaii befand. Kai Landow, ein Jüdisch-Amerikaner aus New York, war vor einigen Jahren von der selbsternannten hawaiischen Regierung der genannten Aktivistengruppe „eingebürgert“ und zum „hawaiischen Botschafter“ in

New York ernannt worden. Während Landow die Meinung vertritt, das hawaiische Königreich sei multiethnisch, meinten mehrere andere Aktivisten, dass nur Menschen hawaiischer Abstammung Hawai'i in einem Forum für indigene Angelegenheiten vertreten sollten. Landow und seine hawaiischen Auftraggeber waren deshalb sowohl während der Sitzung selbst als auch auf diversen Internetforen danach scharfen Attacken ethno-nationalistischer Hawaiier ausgesetzt. Während letztere Attacken auf unsachlichen und unhistorischen Argumenten beruhten, ist Landow's Vorgehensweise ebenfalls problematisch. Mehrere Historiker und Rechtsexperten argumentierten, dass das hawaiische Königreich vor der US-Invasion von 1893 zwar durchaus multiethnisch war und es somit tatsächlich Hawaiier gäbe, die kein einheimisches Blut haben, Landow aber kein Abkömmling eines damaligen hawaiischen Staatsbürgers ist und somit kein Recht habe, als Hawaiier aufzutreten. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: *Tangata Whenua news <tangatawhenua.com>*; *Eigene Recherchen*)

## Plastiktütenverbot ab 2015

Der Stadtrat von Honolulu hat Mitte Mai mit sieben zu einer Gegenstimme über das Verbot der Nutzung von biologisch nicht abbaubaren Plastiktüten abgestimmt. Das Verbot soll allerdings erst zum 1. Juli 2015 in Kraft treten, damit die Geschäftsleute ihre derzeitigen Tüten-Vorräte noch aufbrauchen können. Plastiktüten kommen in Hawai'i vor allem in Supermärkten zum Einsatz, wo an den Kassen Mitarbeiter der Märkte den Kunden die Ware in Plastiktüten einpacken und mitgeben. Das Verbot soll sich nicht nur auf Plastiktüten, sondern auch auf Tüten beziehen, die aus einem Plastik-Papier-Gemisch bestehen. Ab 2015 dürfen in Supermärkten und anderen Geschäften dann nur noch Tüten ausgegeben werden, die zu mindestens 40 % aus biologisch ab-

baubaren Materialien bestehen. (*Flash d'Océanie* 17.05.12)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Kathedrale von Christchurch wird abgerissen

Trotz massiver Proteste der Bevölkerung hat sich die anglikanische Kirche von Neuseeland für den Abriss der Kathedrale „Christ Church Cathedral“ (dt. Kathedrale der Kirche Christi) in der neuseeländischen Stadt Christchurch entschieden. Das gab die anglikanische Bischöfin Victoria Matthews bekannt. Aus Respekt vor den Kirchenschätzen und der emotionalen Bedeutung der Kirche für die Stadtbewohner kämen jedoch keine Bulldozer oder Sprengungen in Frage.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erbaute Kathedrale (1864 – 1904) war bereits bei den Erdbeben von 1881, 1888 und 1902 beschädigt worden. Auch das Beben vom 4. September 2010 hatte die Bausubstanz der im Stil der Neugotik errichteten Kathedrale aus Stein und Holz geschädigt. Die schwersten Schäden trug der Bau bei den beiden Beben im Februar 2011 davon, bei dem große Teile des Turmes einstürzten. Am 13. Juni 2011 zerstörte ein weiteres Beben das berühmte Glasfenster „Rose Window“ vollständig.

Seit dem Beben vom 22. Februar 2011 mit seinen mehr als 1.800 Toten konnte die Kathedrale aus Sicherheitsgründen nicht mehr betreten werden, die Gottesdienste sind in die Christ's College Chapel verlegt worden. (*Flash d'Océanie* 02.03.12, *Wikipedia*, <http://www.christchurchcathedral.co.nz/>)

## Stiller Protest gegen Tiefseebergbau

Mit einem Schweigemarsch haben Mitte März etliche hundert Menschen gegen den geplanten Tiefseebergbau vor der Küste des Ortes Raglan demonstriert. Raglan liegt an der Westküste der neuseeländischen Nordküste und ist weltweit als „Surferparadies“ bekannt.

Die Demonstranten liefen schweigend durch die Straßen des Städtchens und hielten Schilder hoch, auf denen sie auf die Gefahren des Tiefseebergbaus für die Unterwasserwelt und die Wellenbewegungen aufmerksam machten. Außerdem bildeten die Menschen eine schweigende Gasse entlang der Raglan West Bridge, um dem Vertreter von „Trans-Tasman Resources“, Andrew Sommerville, ihren Unmut zu bekunden. Sommerville hatte sich mit Regierungs- und Stadtvertretern im lokalen „Marae“ (Versammlungsplatz) getroffen, um über den potentiellen Abbau von Eisenerz vor der Küste Raglans zu verhandeln.

Vorbereitet hatte den Schweigemarsch die Organisation „Kiwi's against seabed mining“ (KASM). Unterstützt wurden sie dabei von eigens aus Australien und den USA angereisten Mitgliedern der Umweltschutzorganisation „Surfers for Cetaceans“ (S4C, Surfer für den Schutz von Walen). Diese Organisation von professionellen Surfern setzt sich vor allem für den Schutz von Walen und Delfinen ein. (*Papua New Guinea Mine Watch* 12.03.12, <http://kasm.wordpress.com/>, <http://raglan.gen.nz/2012/raglan-residents-continue-protest-about-seabed-mining/>)

## Keine Zahlungen für Atomtestveteranen

Die Klage hunderter Atomtestveteranen auf Ausgleichszahlungen für radioaktive Verstrahlung durch britische Atomtests ist gescheitert. Die Richter am Supreme Court (Zivilgericht) in London

schmetterten die Klage auf Kompensationen mit vier zu drei Stimmen ab. Die Atomtestveteranen aus England, Neuseeland und Großbritannien hatten gegen das britische Verteidigungsministerium geklagt und Ausgleichszahlungen für Gesundheitsschäden verlangt. Die Richter wiesen die Klage ab mit der Begründung, die zuständigen Befehlshaber der Atomtests in Australien und auf der Insel Kiritimati (Kiribati) hätten keine Ahnung von der Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung gehabt.

*Info:* Großbritannien unternahm von 1952 bis 1958 in der australischen Maralinga-Wüste und auf der Weihnachtsinsel (Kiritimati) im Pazifik 19 Atomtests und gewährte 1962 den USA die Erlaubnis, weitere 25 Tests nahe der Weihnachtsinsel durchzuführen. (Radio NZ Intern. 14.03.12, <http://www.atomwaffena-z.info>)

## INDONESIEN PAPUA TIMOR-LESTE

### Menschenrechtsbericht stößt auf Zustimmung

**Papua:** Am 21. April 2012 wurde der internationale Bericht „Menschenrechte in Papua 2010/11“ des „Faith-based Network on West Papua“ (FBN) der Öffentlichkeit in Papua (Indonesien) vorgestellt. Kristina Neubauer, Koordinatorin des West Papua Netzwerkes (WPN) und des FBN, präsentierte den Bericht vor fast 200 Leuten in Jayapura, der Hauptstadt Papuas. Der ins Indonesische übersetzte Menschenrechtsbericht wurde von den anwesenden Kirchenführern, Menschenrechtsverteidigern, traditionellen Ältesten und Frauengruppen sehr begrüßt. Auch die lokalen Medien berichteten in den darauffolgenden Tagen über die Veranstaltung und die Inhalte des Berichts. Die Tageszeitung „Bin-

tang Papua“ berichtete am 24. April auf der Titelseite über die Veröffentlichung des Berichts: „*Menschenrechtsverletzungen in Papua werden nicht in der UN diskutiert*“ lautete der Titel des Artikels, den das West Papua Netzwerk ins Deutsche übersetzt hat und im Folgenden abdruckt:

**Übersetzung des Artikels aus der „Bintang Papua“:** Obwohl in Papua oft Menschenrechtsverletzungen geschehen, hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf während seiner letzten Sitzung im März 2012 die Menschenrechtsproblematik in Papua nicht diskutiert. Dies berichtete Kristina Neubauer, Koordinatorin des Faith-based Network on West Papua (FBN), während der Vorstellung des internationalen Berichts „Menschenrechte in Papua 2010-2011“ am Samstag, den 21. April im Sophie-Gebäude auf dem Gelände des P3W in Padang Bulan.

Kristina Neubauer berichtete, dass während der dreiwöchigen Sitzung des UN-Menschenrechtsrates Papua keine Erwähnung fand. „*Es fand keine Diskussion zu Papua statt*“, sagte Kristina Neubauer vor fast 200 Gästen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen Papuas. Weitere Sprecher im Rahmen der Veröffentlichung waren die drei indigenen Papuaführer Ruben Magai, Mitglied im Papua-Provinzparlamentes DPRP, Socratez Sofyan Yoman, Präsident der Baptistenkirche Papua, und Matius Murib, stellvertretender Vorsitzende der Zweigstelle der Nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM in Papua. Kristina Neubauer unterstrich, dass die geringe Aufmerksamkeit im Ausland gegenüber der Problematik in Papua auf die unzureichende Datenlage zurückzuführen sei. „*Es bedarf vollständiger Daten und einer vollständigen Dokumentation. Ausländische Regierungen wollen keine Geschichten hören. Was sie wollen, sind Daten und Fakten*“, sagte Kristina Neubauer. Sie appellierte an alle Seiten in Papua, jeden

Menschenrechtsfall sorgfältig zu dokumentieren. „*Mein Rat ist, ab sofort die Daten zu jeder Menschenrechtsverletzung in Papua schriftlich festzuhalten. Das ist sehr wichtig.*“

Pfarrer Socratez Sofyan Yoman betonte, dass dieser Menschenrechtsbericht etwas sei, auf das man in Papua lange gewartet habe. Man könne zwar über vieles reden, letztendlich bedürfe es aber schriftlicher Berichte. „*Im Ausland gibt es eine hohe Lesekultur*“, erklärte er. Papua sei inzwischen zum wirtschaftlichen Spielfeld etlicher Länder dieser Welt geworden, die die indonesische Regierung unterstützen. „*Es gibt nur einen Weg, den wir nehmen können. Und dieser Weg wird von der Welt gewiss unterstützt: der Weg eines Dialoges. Die Kirchen setzen sich bereits seit langem für einen solchen Dialog ein*“, sagte Yoman.

Ruben Magai wurde mehrfach gebeten, die Reaktionen des Provinzparlamentes gegenüber den Forderungen der Bevölkerung darzustellen, wie beispielsweise die Rückgabe des Sonderautonomiegesetzes. Der Abgeordnete beschrieb die Rolle des Parlaments als die eines Vermittlers. „*Die Antworten werden letztendlich vom Staat gegeben*“, erklärte Ruben Magai. Er vermute, dass die Bildung der „Einheit zur beschleunigten Entwicklung Papuas und West Papuas“ UP4B (Unit Percepatan Pembangunan Papua dan Papua Barat) eine Antwort Jakartas auf die Rückgabe des Sonderautonomiegesetzes gewesen sei.

Die Einheit der Papua und ihrer unterschiedlichen Positionen ist nach Ansicht von Ruben Magai sehr wichtig. Was stattdessen aber geschehe, sei das Aufkommen vieler verschiedener Meinungen und Aspirationen und niemand sei bereit, die eigene Position aufzugeben. „*Diese Situation signalisiert der Welt, dass ihr nicht vereint seid. Die einen reden von der Unabhängigkeit, die anderen fordern ein Referen-*

dum und wiederum andere einen Dialog“, kritisierte Ruben Magai mit Nachdruck. Als Beispiel nannte er den Dritten Papua-Kongress, der von der OPM abgelehnt wurde. „Wir sind verwirrt und wissen nicht, wie wir darauf reagieren sollen. Also sagen wir lieber gar nichts“, erklärte der Abgeordnete.

In einer schriftlichen Zusammenfassung des Menschenrechtsberichts durch Kristina Neubauer heißt es, dass der Bericht das Ergebnis der Zusammenarbeit von drei internationalen Menschenrechtsorganisationen ist (Faith-based Network on West Papua, Franciscan International und Asian Human Rights Commission). Der Bericht wurde bereits am 2. November 2011 auf Englisch in Genf (Schweiz) veröffentlicht. Der englische Titel des Berichts lautet „Human Rights in Papua 2010/11“. Zur Veröffentlichung des internationalen Menschenrechtsberichts in Genf war auch die Indonesische Botschaft zu den Vereinten Nationen eingeladen. In einem Dialog mit dem FBN und weiteren internationalen Nichtregierungsorganisationen habe die Vertreterin der Indonesischen Regierung hinsichtlich des internationalen Menschenrechtsberichts gesagt, dass „der Schutz der Menschenrechte eine Priorität der Indonesischen Regierung“ darstelle. „Das FBN stimmt dieser Aussage nicht zu, da der Schutz der Menschenrechte keine Priorität der Indonesischen Regierung im Lande Papua ist. Dass der Schutz der Menschenrechte in Papua noch nicht gewährleistet ist, beweist der aktuelle Bericht des FBNS“, erklärte Kristina Neubauer.

Der Menschenrechtsbericht 2010/11 ist eine Dokumentation von Verletzungen sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Menschenrechte der indigenen Papuabevölkerung in den Jahren 2010/11. „Der Bericht erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da viele Menschenrechtsverletzungen in Papua noch im Dunkeln geschehen und bis heute nicht gemeldet sind“,

heißt es. (Pressemitteilung des West Papua Netzwerkes 30.04.12)

## Gedenken an den 1. Mai 1963

**Papua:** Mit Demonstrationen und dem öffentlichen Hissen der verbotenen „Morgensternflagge“ haben Papuas am 1. Mai in den Städten Nabire, Manokwari, Jayapura und Biak der Übernahme der indonesischen „Kolonialherrschaft“ gedacht. „Wir - das Volk der Papua – lehnen es deutlich ab, dass wir am 1. Mai 1963 in den Einheitsstaat Republik Indonesien eingegliedert wurden!“ So stand es auf einem Spruchband, das Demonstranten in Nabire durch die Straßen trugen.

*Info:* Am 30. April 1963 endete die Verwaltung der ehemaligen niederländischen Kolonie durch die Übergangsregierung der Vereinten Nationen (UNTEA). Am 1. Mai 1963 trat Indonesien seine Herrschaft über West-Papua an. Die Papua haben bis heute nicht akzeptiert, dass sie Teil der Republik Indonesien sein sollen. Das liegt vor allem an der Art und Weise, wie Indonesien seither in fast 50 Jahren die einheimische Bevölkerung behandelt hat. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass unter der indonesischen Verwaltung als Folge von Militäraktionen, Folter und außergerichtlichen Hinrichtungen ca. 100.000 Papua zu Tode gekommen sind. Bis heute sitzen Dutzende politische Gefangene in Gefängnissen ein. (Artikel von Dr. Siegfried Zöllner, West Papua Netzwerk Wuppertal)

## Aids-Anstieg in Papua

**Papua:** Indonesische Gesundheitsbehörden haben vor dem rasanten Anstieg HIV-infizierter Menschen in der Provinz Papua gewarnt. Bei den Behörden seien mehr als 10.000 Erkrankte gemeldet, die Dunkelziffer liege wohl bei weitem höher. Bis dato seien 778 Menschen an der Vi-

ruserkrankung gestorben. Von den gemeldeten Personen seien 4.400 Menschen HIV-positiv, bei 6.300 Menschen konnte der Ausbruch der Immunschwächekrankheit Aids bereits sicher diagnostiziert werden. Männer und Frauen seien gleichermaßen betroffen, so die Behörden. Das Virus verbreite sich rasend schnell durch ungeschützten Geschlechtsverkehr. In Papua seien proportional weitaus mehr Menschen mit dem HI-Virus infiziert als in anderen Regionen Indonesiens, so ein Sprecher des Gesundheitsamtes.

*Info:* Nach Angaben der amerikanischen staatlichen Entwicklungshilfeorganisation USAID wurde das HI-Virus erstmals 1987 in Indonesien „entdeckt“. Heute gelten rund 0,2 % der Bevölkerung als infiziert. In den Provinzen Papua und West-Papua liegt die Zahl der Infizierten pro 100.000 Einwohnern um 20mal höher als in den anderen Regionen Indonesiens. 2,4 % der erwachsenen papuanischen Bevölkerung sind mit dem Virus infiziert, wobei über 48 % der Menschen keine Kenntnis von ihrer Erkrankung haben.

([http://www.usaid.gov/our\\_work/global\\_health/aids/Countries/asia/indonesia.html](http://www.usaid.gov/our_work/global_health/aids/Countries/asia/indonesia.html), Radio NZ. Intern. 09.05.12, <http://aids-ina.org/>)

## Neuer Präsident für Timor

**Timor-Leste:** Am 16. April 2012 fand in Timor-Leste die Wahl für das Präsidentenamt statt, bei der sich Taur Matan Ruak gegen seinen Kontrahenten Francisco „Lu Olo“ Guterres durchsetzen konnte. Somit endet eine politische Ära, die seit der Unabhängigkeit im Jahr 2002 vom bisherigen Präsidenten, José Ramos-Horta und amtierenden Premierminister Xanana Gusmão geprägt war.

In der ersten Wahlrunde, die bereits am 17. März 2012 stattfand, konnte keine/r der 12 Präsidentschaftskandidat(inn)en die Mehrheit der Stimmen für sich gewinnen. Friedensnobelpreisträger Ramos-Horta, der sich erst nach einer Petition von über 100.000

Bürgerinnen und Bürgern, die ihn zu einer weiteren Amtszeit aufriefen, zu einer Kandidatur entschloss, kam in der ersten Runde nur auf Platz drei. Die meisten Stimmen konnten der FRETILIN-Vorsitzende Francisco „Lu Olo“ Guterres und der unabhängige Kandidat Taur Matan Ruak für sich gewinnen. In der Stichwahl vom 16. April 2012, in dem die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen des ersten Wahlgangs gegeneinander antreten, gewann Taur Matak Ruak deutlich mit 275.441 Stimmen (61,23%) zu 178.386 Stimmen (38,77%) für Francisco „Lu Olo“ Guterres. Nur in den Distrikten Baucau und Viqueque stimmten 56 % (Baucau) und 75 % (Viqueque) der Wählerinnen und Wähler für „Lu Olo“. Die Wahlbeteiligung lag bei 73 %.

Der Wählerfang ist stark beeinflusst davon, welche Kandidaten von bestimmten Parteien oder Bündnissen Unterstützung zugesagt bekommen. Die Partei CNRT (Congresso Nacional de Reconstrução Timorese CNRT / *Kongress des timoresischen Wiederaufbaus*) des amtierenden Premierministers Xanana Gusmão stand bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 noch hinter Ramos-Horta, verkündete dieses Jahr jedoch die offizielle Unterstützung des Kandidaten Taur Matan Ruak. Auch die Veteranen der Falintil (Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor Leste / *Bewaffnete Kräfte zur nationalen Befreiung Osttimors*) unterstützten ihn.

*Info:* Taur Matan Ruak, was „Zwei scharfe Augen“ bedeutet, wurde 1955 geboren und heißt mit bürgerlichem Namen José Maria Vasconcelos. Während der indonesischen Besatzungszeit schloss er sich dem Unabhängigkeitskampf an und wurde letzter Kommandant der Falintil. Als militärischer Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte Osttimors (F-FDTL) spielte er 2006 eine entscheidende Rolle, da er als Armeechef 591 desertierte Soldaten, die so genannten „Petitio-

ners“, entließ, worauf heftige Proteste das Land in die schwerste Krise seit der Unabhängigkeit stürzten. Die Vereinten Nationen empfahlen ein Ermittlungsverfahren gegen Taur Matan Ruak, dem Waffenausteilung an Zivilisten vorgeworfen wurde. Ermittelt wurde jedoch nie gegen ihn. Das Amt als Staatspräsident, das weitestgehend symbolische Aufgaben mit sich bringt, wird er am 20. Mai 2012 offiziell antreten. Am 7. Juli 2012 finden in Timor-Leste die Parlamentswahlen statt. (*Artikel von Janina Pawelz, Deutsche-Osttimor-Gesellschaft*).

## AUSTRALIEN

### Marles lehnt Unabhängigkeit ab

Der australische Staatssekretär für pazifische Angelegenheiten (engl. Parliamentary Secretary for Pacific Islands Affairs), Richard Marles, wird sich nicht für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens einsetzen. Marles lehnte einen entsprechenden Antrag der Parteienkoalition „Union Pour La Démocratie“ (UPLD) unter dem Vorsitzenden und Territorialpräsidenten Oscar Temaru ab. Temarus Parteienkoalition hatte sich Hoffnung auf Marles Unterstützung gemacht, weil dieser einer Autonomie des französischen Überseeterritoriums Neukaledonien sehr positiv gegenübersteht. Australien unterstützt auch eine volle Mitgliedschaft Neukaledoniens im „Pacific Islands Forum“, in dem bisher nur die Unabhängigkeitspartei FLNKS Mitglied ist.

In Neukaledonien gäbe es mit dem Vertrag von Nouméa ein rechtsgültiges Abkommen über ein Referendum zur Unabhängigkeit nach 2014, erklärte Marles. Dies sei mit der Situation in Französisch-Polynesien nicht vergleichbar. Eine Unabhängigkeit könne man nur mit Einverständnis des „Mutterlandes“ erreichen,

man könne nicht einfach über Frankreichs Kopf hinweg bestimmen.

Die Territorialversammlung von Französisch-Polynesien hatte im vergangenen Jahr einen Antrag bei den Vereinten Nationen gestellt, wieder in die Liste der zu entkolonisierenden Staaten aufgenommen zu werden. Frankreich hatte 1947 das Land zusammen mit Neukaledonien willkürlich von dieser Liste gestrichen, aber Neukaledonien war 1987 auf Beschluss der UN-Vollversammlung wiedereingeschrieben worden. Marles machte jetzt klar, dass Australien einen solchen Vorstoß Französisch-Polynesiens nicht unterstützen werde. (*Radio Australia 18.04.12*)

### Vereinfachte Visa-Beschaffung

Bürger von Vanuatu können die für eine Einreise nach Australien benötigten Visa ab sofort im neu eröffneten „Australia Visa Application Centre“ in der Innenstadt von Port Vila beantragen. Bisher mussten die Visumsanwärter ihren Antrag bei der australischen Botschaft stellen, die etwas außerhalb der Stadt liegt. Für den Service der Innenstadtlage werden allerdings auch extra Gebühren in Höhe von 20,- AUS-\$ fällig. (*Radio Australia 10.04.12*)

## SPORT

### Behinderter Sportler schwimmt „um die Welt“

Der Arm- und Beinamputierte Sportler Philippe Croizon hat auf seiner Schwimmreise rund um die Welt die indonesische Provinz Papua erreicht. Der 44-jährige Franzose schwamm in etwas unter acht Stunden von Wutung an der Nordküste von Papua-Neuguinea nach Pasar Skow

(Provinz Papua in Indonesien). Auf den ersten Kilometern wurde er dabei von Niuginis in ihren traditionellen Auslegerkanus begleitet und nach seiner Ankunft begeistert gefeiert. An seiner Seite schwamm der Langstreckenschwimmer Arnaud Chassery, ein auf das offene Gewässer spezialisierter französischer Sportler, sowie der Neuguineer Zet Tampa.

Der an allen vier Gliedern amputierte Croizon will in Begleitung von Arnaud Chassery symbolisch einmal um die Welt schwimmen und dafür einmal in jedem Kontinent anlanden. Er begann seine Reise in Indonesien, stellvertretend für die Region Asien. Wutung in Papua-Neuguinea repräsentiert die Region Ozeanien. Sein nächstes Ziel ist Jordanien (für Afrika), anschließend geht es weiter bis Gibraltar (für Europa), die letzte Etappe ist die Beringstraße (für Amerika). Croizon legt dazu Schwimmstrecken von 20 bis 25 Kilometern zurück.

Begonnen hatte Croizon seine Schwimmkarriere 2010 mit der Durchquerung des Ärmelkanals. Er war der erste Vierfachamputierte Sportler, dem dies gelang.

Mit seiner symbolischen Weltumschwimmung will der Franzose dafür werben, behinderte Menschen nicht auszugrenzen, zu bemitleiden oder ihnen nichts zu zutrauen. Er wird bei seinem ambitionierten Vorhaben von der Nichtregierungsorganisation „Handicap International“ unterstützt.

*Info:* Croizon hatte sich 1994 als 26-jähriger jung verheirateter Familienvater beim Reparieren seiner Fernsehantenne auf dem Dach seines Hauses an der Starkstromleitung so sehr verbrannt, dass ihm alle Glieder amputiert werden mussten. Der Sportler und Autor des Bestsellers „J'ai décidé de vivre“ (Ich habe beschlossen, zu leben) schwimmt mit eigens angefertigten flossenartigen Prothesen aus einem Karbon-Titanium-Gemisch.

(<http://www.nageraudeladesfrontieres.com/>, *Flash d'Océanie* 18.05.12, Wikipedia)

## Neuer Geschäftsführer

**Samoa:** Fred Amoa ist neuer Geschäftsführer der „Samoa Rugby Union“ (SRU). Er konnte sich gegen sieben Kandidaten, darunter auch drei Frauen, durchsetzen. Der in Auckland (Neuseeland) praktizierende Rechtsanwalt wurde zunächst für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. Neben seinem Juraabschluss hat Amoa auch einen Master in internationalem Seerecht.

Amoa ist Nachfolger von Su'a Peter Schuster, unter dessen Ägide es bei den Rugby-Weltmeisterschaften im Herbst 2011 in Neuseeland zu etlichen Skandalen innerhalb des samoanischen Rugbyvereins „Manu Samoa“ gekommen war. Amoa soll den traditionsreichen Club nun erfolgreich zur nächsten Rugby-Union-Weltmeisterschaft 2015 in London führen. (*Samoa Observer* 13.03.12, <http://www.rugbyworldcup.com/>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Strick-Pullis für Pinguine

Das „Phillip Island Rehabilitation Centre“ im australischen Bundesstaat Victoria hat bereits über 1.000 gestrickte Pullover für Pinguine gesammelt. Im Falle eines Ölunfalls sollen die Pullis die Pinguine davon abhalten, mit dem Schnabel in ihrem Gefieder zu zupfen und giftiges Öl zu verschlucken. Nach einem Kontakt mit Schweröl schaffen es die meisten Pinguine zwar ans Ufer, sind aber zu schwach für die aufwändige Reinigungsprozedur. Die Pullis halten die Tiere zunächst warm, damit sie sich erholen können.

Auf Phillip Island gab es zuletzt im Jahr 2001 einen Öl-Unfall. Damals konnten rund 97 % der 400 betroffenen Zwergpinguine mit Hilfe der Pullover gesund wieder ausgewildert werden.

Mit den Pullovern unterstützt das „Phillip Island Rehabilitation Centre“ auch andere Tierschutzeinrichtungen. So wurden die Mini-Pullover im letzten Jahr nach Neuseeland ausgeliehen, als es dort gegen Ende des Jahres zur Havarie des Frachters „Rena“ gekommen war.

„Tourism Victoria“ hat weltweit dazu aufgerufen, Pullover zu stricken und zu spenden. Überzählige und nicht passende Pullover werden Plüsch-Pinguinen angezogen, die im Souvenirshop des Nationalparks auf der Insel verkauft werden. Die Verkaufserlöse fließen zu 100 % in Artenschutzprojekte und finanzieren die Arbeit des im letzten Jahr neu eröffneten Zentrums auf Phillip Island. Das Zentrum kann bis zu 1.500 Pinguine, Seevögel und kleinere Wildtiere gleichzeitig versorgen.

(*Australien Newsletter online, Tourism Victoria*, <http://www.penguins.org.au>)

Anmerkung der Redaktion: Eine deutsche Strickanleitung für die Pinguin-Pullover kann man sich hier herunterladen:

<http://german.visitmelbourne.com/images/stories/Muster-Pinguin-Pullover1.pdf>

### Kunstgalerie in Brisbane eröffnet

Mitte März hat in einem westlichen Vorort von Brisbane im australischen Bundesstaat Queensland die erste Galerie für zeitgenössische Kunst aus Papua-Neuguinea eröffnet. Galeristin Joycelin Kauc Leahy, eine bekannte Künstlerin aus der Morobe Provinz in Papua-Neuguinea, verkauft in der „Beyond Pacific Art Gallery“ Kunst und Kunsthandwerk nicht nur aus PNG, sondern auch von anderen pazifischen Inseln.

An der Eröffnung der Galerie in einem Gebäude aus den 1980er Jahren mitten in einer parkähnlichen Anlage im Westen der Stadt nahmen 180 Gäste teil, darunter auch einige der ausstellenden Künstler. Die Rede zur Einweihung hielt die neuguineische Ministerin für Kunst und Kultur, Mari Ellingson, die eigens nach Brisbane gereist war.

Leahy kündigte an, die Galerie zu einem Ort des Lernens machen zu wollen. So wird sie Mal-Workshops im eigens eingerichteten „Creative Learning Arts Space“ (CLAS) anbieten und „Artists-in-Residence“-Programme durchführen.

In der Galerie werden vor allem zeitgenössische Bilder neuguineischer Maler präsentiert, u.a. hängen dort Werke von Laben Sakale John, der bereits mehrfach mit Ausstellungen in Hamburg und Neuendettelsau vertreten war. Gemeinsam mit seinem Lehrer Stephen Kaiwe Buntrock von der ehemaligen Kunsthochschule aus Port Moresby war John zur Eröffnung der Galerie nach Brisbane gekommen. (*Malum Nalu 20.03.12, My Magic Moments 17.03.12*)

### „La Traviata“ im Hafen

Vom 24. März bis zum 15. April 2012 hat die Oper von Australien (Opera Australia) ihr bislang größtes und teuerstes Projekt als Open-Air-Produktion im Hafen von Sydney aufgeführt. Die Verdi-Oper „La Traviata“ in der Inszenierung von Francesca Zambello wurde auf einer schwimmenden Bühne im Hafenbecken vor der Kulisse der Sydney Harbour Bridge und des markanten Opernhauses aufgeführt. Gekrönt wurde die schwimmende Bühne von einem gigantischen Leuchter, der aus über 10.000 Swarovski-Kristallen bestand. Die Kosten für das Mega-Projekt namens „Opera on Sydney Harbour - La Traviata“ beliefen sich auf 11,5 Millionen AUS-Dollar.

(<http://www.operaonsydneyharbour.com.au/>)

### Kondome werben für bedrohte Arten

Mit einer ungewöhnlichen Aktion hat die in Tucson (Arizona) ansässige Umweltschutzorganisation „Center for Biological Diversity“ auf den diesjährigen „Earth Day“ am 22. April aufmerksam gemacht. Über 1.000 Freiwillige halfen bei der Verteilung kostenloser Kondome bei Veranstaltungen, in Restaurants, Schulen und Universitäten, Festivitäten und auf der Straße. Das Besondere an den Präservativen: Sie steckten in einer Pappschachtel, die von dem amerikanischen Künstler und Umweltaktivisten Roger Peet kreiert worden war. Die sechs verschiedenen Motive zeigen vom Aussterben bedrohte Tierarten, darunter den Panther und den Eisbären sowie die im Pazifik vorkommende Lederschildkröte.

Zum Stichtag „Earth Day“ leben sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Es gäbe keinen besseren Anlass über die Überbevölkerung der Erde ins Gespräch zu kommen als über Kondome, erklärten die Aktivisten des Center.

*Info:* Der Earth Day findet alljährlich am 22. April in über 150 Ländern statt. Das Motto des Tages lautet „Global denken, lokal handeln“. Weltstars wie die Schauspieler Leonardo DiCaprio und Jane Fonda, führende Experten der UNO und Politiker wie der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore sind Fürsprecher der weltweit stattfindenden Earth Day-Aktionen zum Thema Klimaschutz. (<http://www.earthday.de/>, *Endangered Earth Online 29.03.12*)

### Chan dreht in Vanuatu

Der chinesische Martial-Arts-Schauspieler, Drehbuchautor, Filmproduzent und Sänger Jackie Chan ist auf die vanuatische Insel Tanna gereist, wo er eine vierminütige Sequenz am Yasur-Vulkan dreht. Die Szenen werden in

Chans neuesten Film „Chinese Zodiac“ eingebaut, der noch in diesem Jahr in die Kinos kommt.

Chan reiste in seinem Privat-Jet nach Vanuatu und wurde am Flughafen von Port Vila vom Flughafenpersonal und Fans enthusiastisch begrüßt.

*Info:* Chan wurde am 7. April 1954 in Hongkong geboren. Er wurde an der „Peking Opera School“ in Tanz, Akrobatik, Schauspiel und Gesang ausgebildet und hatte im Alter von sieben Jahren sein Filmdebüt. In Asien ist er für seine Kampfsportfilme berühmt gewordene Chinese auch für seine Sangeskunst im Bereich der chinesischen Oper bekannt. Er veröffentlichte zahlreiche CDs.

(<http://jackiechan.com/>, *ABC Radio Australia 19.04.12*)

### Frau wird Fischerin

Karen Zedkaiah aus Majuro (Marshallinseln) ist die erste Frau, die den Mikrokredit der „Bank of Marshall Islands“ für den Erwerb eines Auslegerkanus genutzt hat. Traditionell sind die Männer auf den Marshallinseln für den Fischfang zuständig. Zedkaiah sagte gegenüber dem „Marshall Islands Journal“, dass auch Frauen fischen gehen dürften und dies auch könnten. Die etwas ungläubigen Journalisten beruhigte Zedkaiah mit dem Hinweis, sie werde das Kanu auch einmal an ihren Bruder und ihre Cousins verleihen.

Mit den 2.000 US-Dollar der Bank kaufte die emanzipierte Dame ein traditionelles Auslegerkanu beim Kanubaumeister Jiba Kabua, dem Senator des Arno-Atolls sowie ein Langleinennetz, eine Kühltruhe, Angelruten und Salz. Mit dem Gewinn aus dem Verkauf der Fische, die sie nicht zur Ernährung ihrer Familie benötigt, will Zedkaiah den Kredit an die Bank zurückzahlen. (*Marshall Islands Journal 20.04.12*)

## Gehörlose Frau will Vorbild sein

Mela Langinbelang vom Atoll Ebeye (Marshallinseln) ist die erste gehörlose Uniabsolventin der Marshallinseln. Nach einem vierjährigen Studium im Fach „Gehörlosenkunde“ an der Gallaudet University von Washington (USA) graduierte Langinbelang im Mai mit einem Bachelor. Zur Graduierungsfeier reiste nicht nur ihre Familie an, auch der marshallische Botschafter für die USA, Charles Paul, beglückwünschte die erfolgreiche Studentin persönlich.

Langeinbelang wurde auf Ebeye gehörlos geboren. Dank der Unterstützung ihrer Eltern zog sie im Alter von elf Jahren nach Hawai'i, wo sie auf eine Gehörlosenschule ging. Von dort aus zog sie nach Washington um. Hier gibt es mit der Gallaudet University die einzige Universität weltweit, die alle Studienfächer speziell für taube und hörgeschädigte Menschen anbietet.

In einem Interview mit dem „Marshall Islands Journal“ sagte die junge Absolventin, sie sei gerne ein Vorbild für andere taube Menschen, vor allem in ihrer Heimat. Sie wolle mit ihrer „Karriere“ beweisen, dass taube und hörgeschädigte Menschen nicht dümmer seien als Hörende. (Marshall Islands Journal 18.05.12, <http://www.gallaudet.edu/>)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Anmerkung der Redaktion: Die kirchlichen Nachrichten für diese Ausgabe wurden geschrieben von Heike Gröschel-Pickel, Mitarbeiterin der Pazifik-Informationsstelle.

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

#### Pastor in Maprik getötet

Ein Pastor der South Seas Evangelical Church (SSEC), Elijah Saporis von Kumunimbus, wurde von einem 19-jährigen Mann in dessen Elternhaus in Maprik mit Messerstichen in die Brust getötet. Laut Polizeiaussage litt der junge Mann angeblich unter psychischen Störungen und befand sich, nachdem er zu Hause gewalttätig geworden war, kurz vor der Tat bereits für einige Tage in Arrest. Die Familie habe dem jungen Mann verziehen, seine Freilassung erwirkt und Pastor Saporis gebeten, sie zu besuchen und für den jungen Mann zu beten. Während des Gebets stach dieser dann auf den Pastor ein und verletzte ihn tödlich. Im Zusammenhang mit diesem Fall äußerte sich der Chef der Polizeistation in Maprik besorgt über den Anstieg des Marihuana-Konsums bei jungen Menschen und die damit verbundenen körperlichen, psychischen und sozialen Folgen. Aufklärungskampagnen der Polizei würden ins Leere laufen, da einige Führungspersonen und Dorfälteste in das Drogengeschäft involviert seien und damit gutes Geld verdienen würden. (The National 7.05.12)

## Bischof von Wabag verweigert Wahlteilnahme aus Sicherheitsgründen

Aus Angst um sein Leben wird der leitende Bischof der Lutheran Good News Church in Wabag (Enga Provinz), David Piso, nicht an den diesjährigen allgemeinen Parlamentswahlen teilnehmen. Aufgrund der Anhäufung von illegalen Waffen in nahezu jeder Gemeinde in Enga sei die Sicherheit der Wähler nicht mehr garantiert, so Piso. Die Waffen, nicht die Gesetze, würden die Maßstäbe bei der kommenden Wahl setzen. Der Bischof wirft den Regierungen von Michael Somare und von Peter O'Neill vor, die Empfehlungen des vor einiger Zeit stattgefundenen „Waffen-Gipfels“ nicht umgesetzt zu haben. Piso gab sich überzeugt, dass z.B. durch strengere Kontrollen an der internationalen Grenze, über die Waffen ins Land geschmuggelt würden, die sich überall im Land schnell ausbreitende „Kultur der Waffen“ hätte gestoppt werden können. Doch jetzt sei die Gefahr bereits da, bedauerte Piso und gab zu, dass er Angst habe um sein eigenes Leben. (The National 07.05.12)

## Diözesan-Priester von Kavieng kandidiert für Parlament

Nach 32 Jahren als Priester kandidiert Clement Taulam, Diözesanpriester von Kavieng, über die Liste der People's Labour Party (PLP) bei den diesjährigen Parlamentswahlen für den Manus Open Sitz. „Ich habe beschlossen, dass es an der Zeit ist, mich zur Wahl zu stellen, um meinem Volk und meinem Land zu dienen“, sagte Taulam. Für eine stabile und gute politische Führung sei es unerlässlich, christliche Werte und Normen in die Politik zu bringen. Obwohl Papua-Neuguinea ein christliches Land sei, hätten die Regierungen fortlaufend christliche Werte ignoriert. Mit seiner Kandidatur wird

Taulam automatisch von seinen kirchlichen Aufgaben entbunden, ohne jedoch seinen Status als Priester zu verlieren. Nach der Wahl könne er jederzeit wieder seine religiösen Aufgaben übernehmen, so Taulam. (*The National* 09.05.12)

### **Kirchenbau aus eigener Kraft**

Etwa 2.000 Einwohner im Dorf Waritsian im Markham Distrikt (Morobe Provinz) haben sich ein großes Ziel gesteckt: Aus eigener Kraft möchten sie eine Kirche bauen, deren Kosten auf ca. 250.000 Kina geschätzt werden. Anfang Mai fiel in einem Gottesdienst der Startschuss für das ehrgeizige Fundraising- und Bauprojekt, im Beisein des Gouverneurs der Morobe Provinz, Luther Wenge, des Parlamentsabgeordneten für den Markham Distrikt, Koni Iguan, einer Delegation der Technischen Universität und zahlreichen Besuchern aus den Nachbardörfern. Die Pläne für den Kirchenbau stammen vom Projektbüro der Technischen Universität. Bei der Übergabe der Entwürfe an die Dorfgemeinschaft sagte der amtierende Registrar der Universität, John Fraime, dass es neben aller akademischen Arbeit eine Pflicht der Universität sei, Gemeinden zu helfen. Der Pastor der Lutheran Revival Church in Waritsian, Samuel Lawrence, betonte, dass die Gemeindeglieder die Kirche im Vertrauen auf Gott und unter großer finanzieller Anstrengung bauen würden. Parlamentsabgeordneter Iguan unterstützte die Spendenaktion mit 10.000 Kina. (*The National* 11.05.12)

## **ELC-PNG**

### **2.000 Jugendliche bei Jubiläums-Ostercamp im Dekanat Buang**

Vom 5. bis zum 9. April fand in Mapos, Dekanat Buang (Morobe Provinz) das diesjährige Ostercamp der Evangelisch-Lutherischen Kirche statt. Aus allen Teilen des Landes kamen Jugendlichen in ihr heimatliches Dekanat, um dort zusammen mit Studenten des theologischen Martin Luther Seminars (Lae) am 25. Ostercamp der ELC-PNG teilzunehmen. Mit tatkräftiger Unterstützung auch der Kirchenleitung und politisch Verantwortlicher wurde den teilnehmenden Jugendlichen ein facettenreiches Programm mit Gottesdiensten, Bibelgesprächen, Musik und gemeinschaftlichen Aktionen geboten und gleichzeitig das 25-jährige Jubiläum der Ostercamps gefeiert. 1987 ins Leben gerufen, will die ELC-PNG mit diesem erfolgreichen Programm Jugendliche und junge Erwachsenen in ihrem christlichen Glauben stärken und sie zu einer an christlichen Werten orientierten Lebensführung ermutigen. (*Wantok* Nr. 1964, 12.-18. 04.12)

### **Lutherischer Frauenverband im Chimbu Distrikt gegründet**

18 Frauengruppen der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Chimbu Distrikt haben sich Mitte April zur „Chimbu Lutheran Women Association“ zusammenschlossen. Gemeinsam mit der Distrikt-Frauenkoordinatorin Agnes Gabee war den Frauen bewusst geworden, dass die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, aber auch mit der Regierung und privaten Unterstützern durch diesen Zusammenschluss verbessert werden könnten. Mehr als 1.000 Menschen waren in die Provinzhauptstadt Kundiawa gekommen, um am Grün-

dungsakt des neuen Lutherischen Frauenverbands durch den Gouverneur, Pater John Garia, teilzunehmen. (*Wantok* Nr. 1965, 19.-25. 04.12)

### **Evangelisch-Lutherischer Pastor bei Radio Morobe 105**

Die Kommunikation des Evangeliums über das Radio ist Pastor Kevin Bana eine Herzensangelegenheit. Pastor Bana stammt aus dem Gebiet Wantoat und machte am Martin Luther Seminar in Lae seine Ausbildung zum Pastor. Nach seiner Graduierung arbeitete er für jeweils ein Jahr als Pastor in den Dekanaten Malolo und Wantoat, bevor ihn die Kirchenleitung als Mitarbeiter für den kircheneigenen Sender „Kristen Radio“ engagierte. Kevin Bana bereitete für die Hörer von „Kristen Radio“ Andachten, Predigten und kirchliche Nachrichten auf und versorgte auch andere Radiostationen damit. Schließlich wechselte Pastor Bana zu Radio Morobe 105, wo er unter anderem für das Gottesdienstprogramm verantwortlich ist. Banas größter Wunsch wäre ein eigenes Kommunikationszentrum der ELC-PNG, mit dem Ziel, ein kommunikatives Radio-Netzwerk für die mehr als 1,2 Millionen Lutherischen Christen in PNG aufzubauen. (*Wantok* Nr. 1966, 26.04-02.05.12)

## **RÖM.-KATH. KIRCHE**

### **Keine Kondome in Schulen**

Der katholische Erzbischof Francesco Panfilo hat entgegen einer ministeriellen Anordnung die kostenlose Verteilung von Präservativen in Schulen unter katholischer Trägerschaft verboten. Kondome würden von der katholischen Kirche als „Freifahrtsschein“ für vorehelichen Geschlechtsverkehr angesehen und widersprächen damit Grundprinzipien katholischer Lehre, so der

Erzbischof. Zuvor hatte das neuguineische Bildungsministerium alle Lehrer angewiesen, die kostenlose Verteilung von Kondomen an ihren Schulen zu unterstützen, um die SchülerInnen vor sexuell übertragbaren Krankheiten wie u.a. Aids besser zu schützen.

Die katholische Kirche verbot außerdem mit sofortiger Wirkung die Nutzung moderner Medien wie Smartphones, Mobiltelefone, ipads und MP3-Player in ihren Bildungseinrichtungen. Exemplarisch für das Verbot entzog Schwester Mary Vivette von der katholischen Internats-Mädchenschule Notre-Dame in der Eastern Highlands Provinz ihren Schülerinnen alle mobilen Endgeräte und sperrte diese in einen Tresor. In begründeten Fällen dürften die Mädchen ihre Mobiltelefone außerhalb der Unterrichtszeiten nutzen, so die Schwester, bis dahin blieben alle Geräte unter Verschluss.

Die Erzdiözese in der Hochlandprovinz begründete das Handy-Verbot damit, dass die Schüler durch die Nutzung von Handys im Unterricht zu sehr vom Unterrichtsgeschehen abgelenkt würden. (*Flash d'Océanie* 16.05.12)

### Neuer Apostolischer Nuntius für PNG

Am 24. März wurde Erzbischof Santo Gangemi von Papst Benedikt XVI. zum neuen päpstlichen Repräsentanten der Katholischen Kirche in Papua-Neuguinea und auf den Salomon-Inseln ernannt. Gangemi, 1961 in Messina/Italien geboren und 1986 zum Priester ordiniert, trat 1991 in den Diplomatischen Dienst Holy See ein und diente in Marokko, Italien, Rumänien, Kuba, Chile, Frankreich, Spanien und Ägypten. In Doppelfunktion wird Gangemi nun als Botschafter von Holy See und, in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Katholischen Bischofskonferenz, als päpstlicher Nuntius in PNG und auf den Salomon-Inseln tätig sein. Erzbischof Gangemi tritt die Nachfolge

von Erzbischof Francisco Padilla an, der fünf Jahre in Papua-Neuguinea tätig war und im Dezember letzten Jahres nach Tansania abgeordnet wurde. (*Wantok* Nr. 1964, 12.-18. 04.12)

### Erster nationaler Generalvikar in Daru-Kiunga Diözese

Am 18. März wurde Diözesanpriester Andrew Moses (39) von Bischof Gilles Cote als neuer Generalvikar der Daru-Kiunga Diözese in sein Amt eingeführt und ist damit der erste nationale Priester, der eine solche Position innehat. Andrew Moses stammt aus dem Dorf Bolivip in der Western Provinz. Nach drei Jahren Studium in Kanada kehrte er im Juni letzten Jahres nach Papua-Neuguinea zurück. Als Generalvikar wird Moses alle ihm vom Bischof explizit übertragenen Aufgaben ausführen und bei Bedarf auch die Vertretung des Bischofs übernehmen. Eine große Zahl Gläubiger nahm an der Installation Moses teil, die unter dem Motto „Die erstaunliche Liebe Gottes“ zelebriert wurde. (*Wantok* Nr. 1964, 12.-18. 04.12)

### Katholische Kirche und Regierung in PNG auf Kollisionskurs

Vom 16. bis 24. April fand in Kokopo (East New Britain) die diesjährige Generalversammlung der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomon-Inseln statt. Die Bischöfe der insgesamt 22 Diözesen diskutierten Themen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Klerus, Finanzen und die politische Situation PNGs. Abschließend wurden drei Stellungnahmen abgegeben: An alle Gläubigen ging ein Pastoralbrief zum Thema „Gemeinschaft“, an alle Priester ein Brief mit einer klaren Absage an die Kandidatur für ein politisches Amt bei den kommenden Wahlen und an die

politische Führung PNGs ging der Appell, die aktuelle politische Sackgasse zu beenden. Informellen Äußerungen zufolge sind einzelne Bischöfe geschockt und irritiert von der Art und Weise, wie wichtige Verfassungsbestimmungen in den letzten Monaten vom Parlament gestürzt wurden, die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigend, und versucht wurde, die Wahlen zu verzögern. Noch habe es die Katholische Bischofskonferenz unterlassen, die Öffentlichkeit zu direkten Protestaktionen aufzurufen, aber das könne sich ändern, wenn erneute politische Unfähigkeit die Gefahr einer verfassungswidrigen Machtergreifung mit sich bringen würde, so der Sprecher der Bischofskonferenz. (*Wantok* Nr. 1967, 03.-09.05.12)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Kirchen sind rassistisch

**Fidschi:** Der Herausgeber des „Catholic Newspaper“ in Suva, Ivo Nainoka, beklagte in einem Radiointerview mit dem fidschianischen Sender „Fijilive“ die rassistische Attitüde der meisten Kirchen in Fidschi. Toleranz gegenüber der multiethnischen Gesellschaft von Fidschi und der christliche Glaube mit seinen Werten müssten bereits vor der Einschulung in den Familien an Kinder vermittelt werden, mahnte Nainoka an. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft käme ja nicht von ungefähr, sondern entstamme dem Vorbild der Eltern. Nainoka unterstützte in dem Gespräch den Vorstoß der Nichtregierungsorganisation „Citizen's Constitutional Forum“, die kürzlich gefordert hatte, Religionsunterricht und Völkerkunde in den Lehrplan mit aufzunehmen, um die Kinder zu mehr Toleranz gegenüber den unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Land anzuhelfen. (*Interview auf Fijilive*, 26.03.12)

## Erzbischof beklagt Sicherheitslage

**Salomonen:** Der Erzbischof der „Church of Melanesia“, David Vunagi, hat die Sicherheitslage in der salomonischen Hauptstadt Honiara beklagt, nachdem dort ein malaitischer Mitarbeiter des Umweltministeriums bei einer Straßenblockade („Road Block“) nahe des Marktes am helllichten Tag zu Tode geprügelt worden war. Erzbischof Vunagi sagte, Honiara sei kein Ort mehr, an dem man gerne leben wolle. Er beobachte seit Jahren eine Zunahme an Diebstählen, Raubüberfällen, Straßenkämpfen und Schießereien. Die Zunahme an Verbrechen führt der Erzbischof auf die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Männern in der Hauptstadt zurück. Es sei Aufgabe der Regierung, hier eine Lösung zu finden, forderte Vunagi. Er wandte sich auch direkt an die Polizei- und Sicherheitskräfte in Honiara und forderte, diese müssten sich mehr für die Sicherheit und Unversehrtheit ihrer Bürger einsetzen. An die Kirchen gewandt, forderte der Bischof mehr Zusammenhalt innerhalb der verschiedenen Denominationen und ein friedliches und harmonisches Zusammenleben. *(Solomon Times 23.04.12)*

## Ungewöhnlicher Bischof

**Neuseeland:** Zum Erstaunen konservativer Kreise hat die Anglikanische Kirche in der Hauptstadt Wellington Justin Duckworth zu ihrem neuen Bischof gewählt. Für Irritationen sorgt das Aussehen des Bischofs: Er läuft meist barfuss in Sandalen herum und trägt kurze Shorts und T-Shirts mit politischen Parolen wie „Free Burma“. Sein Markenzeichen sind seine langen, zu Dreadlocks geflochtenen, Haare in einem Pferdeschwanz. Außerdem leitet Duckworth eine unkonventionelle Kommune in den Bergen nördlich von Wellington. In dem kleinen Dorf mit Gemeindehalle, Kapelle und Wohnhäusern hat der Bi-

schof gesellschaftliche und kirchliche Außenseiter um sich geschart, die wie er von einer besseren Welt träumen. Duckworth, der lange Jahre Mitglied bei der Presbyterianischen Kirche war, kam erst spät zur Anglikanischen Kirche und erarbeitete sich in nur sechs Jahren das Bischofsamt. Kritikern an seinem Aussehen und an seinem kumpelhaften Auftreten gegenüber Gemeindegliedern entgegnete der Bischof in einem Fernsehinterview, nicht nur sie (die Gemeinde) müsste sich nun an ihn gewöhnen, viel schwerer falle es ihm, sich wieder an das reglementierte Leben in der Großstadt zu gewöhnen. *(Liturgy.co.nz 29.04.12, Interview auf 3 News vom 30.04.12)*

## Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:** Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG**

## Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
• BBC News • Islands Business  
• Flash d'Océanie • National  
• Oceania Flash • Pacific Beat  
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand  
• Sydney Morning Herald • TahitiPresse • The Lutheran  
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

## Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE



**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120